

Academia

Politik. Wirtschaft. Religion. Kultur.



4

Unser Wollen
und sein hoher Preis

10

Viel neues Wissen
an den Unis

28

Dreht Deutschland den
Brüssler Geldhahn zu?

CORONA DIGITALISIERT DIE WELT



CORONA DIGITALISIERT DIE WELT

4

**UNSER WOLLEN
UND SEIN HOHER PREIS**

Gernot Wissner

17

**ANTIVIRALE WIRKUNG
NUR WENN VIELE MITMACHEN**

Wilhelm Ortmayr

28

**MUSS DIE EZB
DEN GELDHAHN ZUDREHEN?**

Gottfried Forsthuber

7

**COVID DIGITALISIERT
DIE WELT NOCH SCHNELLER**

Andreas Spechtler

21

WHATEVER IT TAKES (II)

Herbert Kaspar

32

**75 JAHRE „DER WEG
ZUR KNECHTSCHAFT“**

Gerhard Jandl

10

**VIEL NEUES WISSEN
AN DEN UNIS**

Herbert Danninger

22

**PRO UND CONTRA:
GRETAS FFF**

Domenic Dirnbacher / René Reich

36

**IST DIE MEINUNGSFREIHEIT
IN GEFAHR?**

Norbert Richard Wolf

13

**WELTWEIT GEFRAGT
NUR BEI MATURANTEN NICHT**

Wilhelm Ortmayr

24

**ER RIEF SEINE DIENER
UND VERTRAUTE IHNEN
SEIN VERMÖGEN AN**

Lucas Semmelmeier

37

LESERBRIEFE

38

REZENSIONEN

Ein Jahr ACADEMIA um 15 Euro
Das Jahres-Abo im Umfang von sechs Ausgaben kostet nur 15 Euro und kann per E-Mail an academia@oecv.at oder per Telefon unter +43-1-405 16 22 31 bestellt werden. Es genügt auch einfach eine Überweisung des Abonnement-Preises auf das Konto AT11 3200 0002 1014 5050 (Academia) unter Angabe der Zustelladresse.

LIEBE LESER!

Nun lernen wir also mit dem Virus zu leben – viele völlig sorglos, einige recht ängstlich, manche mit Vernunft, den Blick teils nach vorne gerichtet, teils zurück, meistens aber auf sich selbst. Corona hält uns auch in dieser Phase den Spiegel vor.

Das Gezerre um ein Stück vom kleiner gewordenen Kuchen hat voll eingesetzt und eine Schadensersatzanspruch-Mentalität macht sich breit. Weil es immer einen Schuldigen geben muss, auch dort wo die Realität keine ernsthaften Alternativen offenlässt. Ist es der materielle Schaden, dessentwegen der moderne Mensch so leidet, oder nicht doch eher das Eingeständnis, dass wir sehr klein sind vor den Kräften der Natur? Viele weitere drängende Fragen zum gesellschaftlichen Status quo stellt in diesem Heft der Jesuit Gernot Wisser (Am, AIn). Sein Artikel wurde bewusst

erstgereeht, denn die Redaktion sieht es als Aufgabe des ÖCV und der ACADEMIA, den Entwurf einer Post-Corona-Gesellschaft zu zeichnen, dazu Fragen zu stellen und nach Antworten zu suchen.

Andreas Spechtler (Rp), Experte für moderne Informationstechnologien, beschreibt bereits einen Megatrend der Zukunft: Die Digitalisierung bekommt ungeahnten Schub und wird Lebensbereiche und Branchen erfassen, die bisher gemütlich im Analogen verharren.

Auf unseren Mobiltelefonen verschmelzen Corona und die digitale Technik bereits. Die Warn-Apps gehen online und rufen manchen Besorgten auf den Plan, der sich vor Big Brother und dem Überwachungsstaat fürchtet. Am Ende eines so ungewöhnlichen Studiensemesters richtet sich der Blick freilich auch auf den universitären Bereich.

Wilfried Eichlseder (GIL), der Rektor der Montanuni Leoben, kommt im ACADEMIA-Interview ebenso wie TU-Professor Herbert Danninger (Nc) zu dem Schluss, dass der Wissenszuwachs an den Unis enorm gewesen sei – trotz beziehungsgerade gerade wegen des Lockdowns.

Auch die Religion nimmt neuerlich Bezug auf das Zeitgeschehen. Mit Lucas Semmelmeier (Rt-D) sprach der Klosterneuburger Augustiner-Chorherr Anton Höslinger (Wl, Baj) – über Corona, aber auch über den verantwortungsvollen Umgang mit materiellen Gütern. Wie die Europäische Zentralbank mit unseren materiellen Gütern umgeht, war im Frühjahr Gegenstand eines spektakulären Höchstgerichtsverfahrens in Deutschland. Rechtsanwalt Gottfried Forsthuber (V-B) analysiert das Urteil und seine möglichen Folgen. Academia-Herausgeber Gerhard



Jandl (Kb) ruft Hayeks „Weg zur Knechtschaft“ in Erinnerung. Zwei junger ÖCVer greifen die Causa prima der Vorcoronazeit auf und fragen sich, wie es nun weitergeht mit dem Greta-Hype und den jungen Mahnern an unser ökologisches Bewusstsein. Die Meinungen gehen auseinander.

Viel Freude bei der Lektüre und einen gesunden Sommer wünscht

Wilhelm Ortmayr (Lo, NdW)
Chefredakteur

Academia Ausgabe 4/2020 (Juli).

Medieninhaber: Cartellverband der katholischen österreichischen Studentenverbindungen (ÖCV). **Mit der Herausgabe beauftragt:** Gerhard Jandl.

Chefredakteur: Wilhelm Ortmayr. **Redaktion:** Florian Kamleitner, Lucas Semmelmeier, Herbert Kaspar, Gerhard Hartmann.

Layout: Stephanie Seiler. **Verlagsleitung:** Gerhard Jandl. **Redaktionsmanagement:** Maximilian Bähr.

Adresse (alle): Lerchenfelder Straße 14, 1080 Wien; +43 1 405 16 22–31; academia@oecv.at; www.academia.or.at.

Reproduktion/Druck: Print Alliance HAV Produktions GmbH, 2540 Bad Vöslau.

Fotos/Grafiken (sofern nicht anders angegeben): ACADEMIA-Archiv, ÖCV-Archiv, Adobe Stock, privat. **Cover:** Adobe Stock.

Verkaufspreis: EUR 3,00. **Abo:** EUR 10,00/Jahr (Studenten), EUR 15,00/Jahr (Normalpreis). **Verkaufsstellen:** Wien 8, ÖCV-Sekretariat, Lerchenfelder Straße 14; Wien 15, Trafik Lippa, Mareschgasse 32. Bruck/M.: Trafik Kamper, Herzog-Ernst-Gasse 23.

Hartberg: Trafik Denkmeyr, Kirchengasse 6. Innsbruck: Trafik Wacker, Museumsstraße 38; Trafik Sezemsky, Brunecker Straße 1.

Hinweise: Beiträge, die die offizielle Meinung des ÖCV wiedergeben, sind als solche gekennzeichnet. Alle anderen Publikationen stellen nur die persönliche Meinung des Autors dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewährleistung übernommen.

Redaktionell abgeschlossen am 25.6.2020.

UNSER WOLLEN UND SEIN HOHER PREIS

Wieviel ist ein Menschenleben wert? Was darf Gesundheit kosten? Wer bestimmt das? Müssen wir alles beherrschen (wollen), im Sinne von „wir schaffen das“? Wieso fühlen sich „Risikogruppen“ diskriminiert, nur weil man sie besonders schützen will? Und wer zahlt eigentlich die Zeche dieser Krise? Covid-19 wirft viele Fragen auf. Einige davon hätten wir uns schon lange vorher stellen sollen.

GERNOT WISSER



Zugegeben, die Verantwortlichen wussten nicht, welcher Mathematiker die richtigen Zahlen und Modelle für seine Berechnungen hat und welche Virologin das Virus wirklich kennt. Zugegeben, keiner wusste, ob und wie viel Schutzkleidung und Masken, Intensivbetten und sonstiges in ganz Österreich zur Verfügung stehen.

Zugegeben, niemand wusste, welche Maßnahmen des Shut-down wie wirken werden. Dafür hat Italien Schreckensszenarien in Wort und Bild verschickt.

DER WUNSCH ALLES IM GRIFF ZU HABEN

Wir verehren Politikerinnen, die uns sagen: „Wir schaffen

das!“. Es sieht so aus, als hätten wir es geschafft. Wir sind stolz darauf. Da spielt es dann auch keine Rolle, wenn wir bei 25 Prozent Spitzenbelegung von Intensivbetten in der Corona-Pandemie eigentlich von Ressourcenvergeudung und Fehleinschätzung reden müssten. Die Entschuldigung heißt dann: Man kannte die Verlaufszahlen nicht. Es war

doch richtig, eine Überkapazität an Krankenhausbetten vorzuhalten! Wir retten nicht Menschen, sondern unsere Schutzsysteme. Das ist eine alte Verlockung. Auch Jesus prangerte an, dass der Mensch vielfach für den Sabbat da sei, obwohl es doch eigentlich umgekehrt sein müsste. Wir wollen die Welt und ihre Katastrophen be-



herrschen. Deshalb errichten wir Sicherheitssysteme mit zu viel Geld, das sich niemals durch den finanziellen, statistisch errechenbaren Schaden rechtfertigen lässt. Doch wer wollte den finanziellen Wert eines Menschenlebens benennen? Der Staat muss alles tun, um jedes Leben zu schützen. Der deutsche Bundestagspräsident Schäuble hat aufgehört lassen, als er im Interview meinte: „Aber wenn ich höre, alles andere habe vor dem Schutz von Leben zurückzutreten, dann muss ich sagen: Das ist in dieser Absolutheit nicht richtig. Grundrechte beschränken sich

Menschen. Die ist unantastbar. Aber sie schließt nicht aus, dass wir sterben müssen.“ (Tagesspiegel 26.4.2020). Doch gesellschaftlich gilt der Tod als Aufweis von Versagen.

DURCH BESONDEREN SCHUTZ ENTMÜNDIGT?

Tod ist ein Tabu, wir Menschen wollen ewig leben, reich und bei guter körperlicher und geistiger Gesundheit. Viele halten es deshalb nicht aus, daran erinnert zu werden, dass sie sterblich sind. Der Tod ist uns gewiss, die Anzeichen dafür sind unser Geburtsdatum

schützen, und auch viele jüngere Menschen waren um ihre Großeltern sehr besorgt. Diese aber sehen das zum Teil ganz anderes. Sie fühlen sich diskriminiert, weil sie geschützt werden, obwohl sie sich subjektiv nicht zur Risikogruppe zählen. Angesichts der Diskriminierungsdebatte sollten wir vielleicht auf die Würde des Menschen achten, diese schätzen und deshalb wahrnehmen, dass Bedürfnisse unterschiedlich sind. Spirituell betrachtet, ginge es dann darum, sich so zu akzeptieren und von Gott angenommen zu wissen, wie man ist, mit allen

Einschränkungen, unabhängig davon, ob man für sie etwas kann (ungesunder Lebensstil) oder eine Kausalität nicht erkennbar ist. Religiöse Menschen haben positiv verinnerlicht, dass Sterben zum Leben dazugehört – das wissen auch die Ärzte. In unserer christlichen Erwartung eröffnet der Tod neues, ewiges Leben – haben wir das vergessen?

Schäubles Einwand trifft ins Mark. Wenn er Recht hätte (und er hat Recht), dann müssten wir uns entscheiden, wieviel Wohlstand wir für wieviel Menschenleben zer-

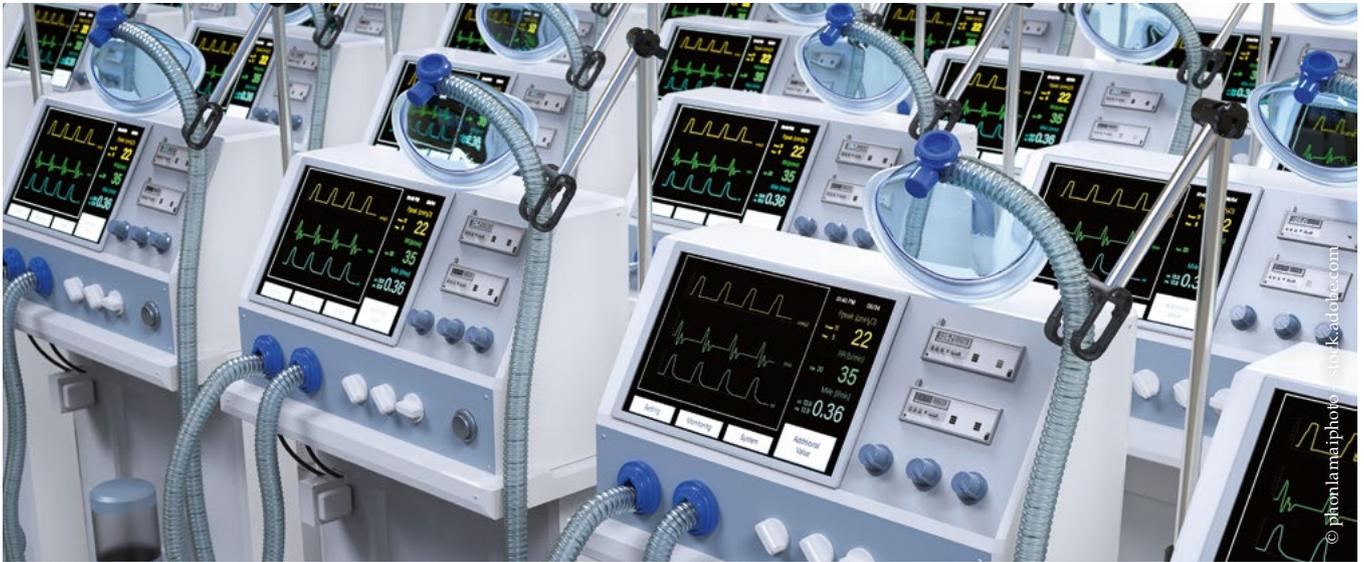
„Wenn es überhaupt einen absoluten Wert in unserem Grundgesetz gibt, dann ist das die Würde des Menschen.“

(Wolfgang Schäuble, Präsident des Deutschen Bundestags)

gegenseitig. Wenn es überhaupt einen absoluten Wert in unserem Grundgesetz gibt, dann ist das die Würde des

und / oder unserer Vorerkrankungen. Nun wollten die Politiker in der Pandemie gefährdete Menschen





stören dürfen. Wir können den Schaden der Volkswirtschaft in etwa abschätzen, wir kennen aber nicht den Gewinn an Menschenleben. Wir wissen auch nicht, wieviel der Shut-down an geglücktem Leben kurz-, mittel- und langfristig zerstört hat. Das ist unser ethisches Dilemma. Die Regierung in Österreich hat viele harte Maßnahmen entschieden, die Bevölkerung hat das gelobt und mitgetragen.

ENTSCHEIDEN MUSSTEN SEHR OFT ANDERE

Aber es waren nur technische Entscheidungen, keine ethischen. Die Grundfrage, ob und wieviel Shutdown richtig ist, hat sich kaum jemand zu stellen getraut. Die Regierung war mit der Umsetzung beschäftigt. Die Regierung wollte auch nicht entscheiden und schon gar nicht dafür kritisiert werden, deshalb hat sie ständig zwischen Verordnungen und scheinbaren Regeln laiviert und auf die Angst der

Bevölkerung gesetzt. Die eigentlichen Umsetzungsrichtlinien überließ sie den Sozialpartner, Kirchen etc., um nicht als die Bösen dazustehen. Wir haben ein gesellschaftliches Problem mit Entscheidungen. Entscheidungen, so urteilt der Deutschen Ethikrat in einer ad-hoc-Empfehlung, sind zu vermeiden: „Dennoch erscheint auch hierzulande eine Situation möglich, in der nicht mehr ausreichend intensivmedizinische Ressourcen für alle Patienten zur Verfügung stehen, die entsprechender Maßnahmen akut bedürfen. Dann könnte das ärztliche Personal gezwungen sein, ad hoc eine Triage vorzunehmen – also zu entscheiden,...“ (Solidarität und Verantwortung in der Corona-Krise, ad-hoc-Empfehlung des Deutschen Ethikrates, 27.3.2020). Wir hoffen doch, dass sich Ärzte immer entscheiden, wenn sie Intensivbetten belegen und dies nicht nur deshalb tun, weil welche frei sind. Auch von Politikern erwarten wir,

dass sie Entscheidungen fällen und sie verantworten.

WER ZAHLT DIE ZECHE?

Aber es waren nur finanzielle Entscheidungen ohne Haftung. Die Regierung stellt Fördermilliarden zur Verfügung. Der Staat hat nichts und leistet sich alles. Man hat nicht den Eindruck, dass sich jemand überlegt hat, wer das bezahlen wird. Und wiederum sind es die Armen, die dafür zahlen werden. Wir leben immer auf Kosten der Armen. Wer hat unter dem Lock-down am meisten gelitten? Jene Familien, die auf engstem Raum plötzlich Schule, Arbeitslosigkeit oder homeoffice und Freizeitgestaltung schaffen mussten. Die Oppositionsparteien, aber nicht nur diese, die NGOs, die Sozialpartner,

die Interessensvertreter, alle rufen nach mehr Geld, Unterstützung, Absicherung – das ist alles gut. Aber keiner sagt uns, woher das Geld wirklich kommen soll. Jede und jeder versucht, sich sein kleines Glück zu retten, für sich oder seine Klientel. Der Shut-down wird zum großen Glücksrad.

DAS GUTE MITNEHMEN

Für das Klima war die Pandemie ein Glück, der Shut-down hat ihr gut getan. Und uns? Wir haben viel gelernt, von homeoffice bis zu den geliebtesten online-Meetings in der Arbeit oder mit dem lieben Gott. Mit ein wenig Demut könnten wir jetzt reflektieren, was uns in dieser Zeit auch gut getan hat. Wir könnten merken, dass manchmal weniger mehr ist, und was wir zu einem geglückten Leben selbst beitragen können.



P. Dipl.-Ing. Dr. Gernot Wisser SJ (Am, AIn, R-D)

ist Universitätspfarrer in Innsbruck. Er war von 2005 bis 2013 ÖCV-Verbandsseelsorger und von 2008 bis 2014 Provinzial der österreichischen Jesuitenprovinz.

COVID DIGITALISIERT DIE WELT NOCH SCHNELLER

Unser Leben nach dem Virus wird nicht mehr so sein wie jenes davor. Mit noch größerem Tempo verändert sich nahezu jeder Lebensbereich durch digitale Technologien. Unternehmer aus Europa und Österreich haben dabei beste Chancen, wenn man die neuen Herausforderungen sofort in Angriff nimmt.

ANDREAS SPECHTLER



Die Coronakrise ist noch längst nicht aufgearbeitet, doch eines zeigt sich schon jetzt: Digitalisierte Unternehmen und Organisationen, die in die Digitalisierung investiert haben und diese auch nutzen, überstehen die Talsohle unbeschadet, während sich die Nachzügler schwergetan haben und nach wie vor schwertun. Klassisches Beispiel: die Einführung von professionellen Video-Konferenz-Systemen

oder anderer Online-Kommunikationstools (die mehr können als e-Mails versenden), um mit den eigenen Mitarbeitern im Home-Office effizient kommunizieren zu können.

Niemand wird sich vor der digitalen Entwicklung, die durch Covid-19 enorm beschleunigt wird, abschnitten können. Vielmehr sollte Europa sie aktiv mitgestalten und die Transformationspro-

zesse der kommenden Monate und Jahre nicht noch mehr den USA und China überlassen. Es geht um eine verantwortungsvolle Anwendung von Software und vernetzten Technologien in allen Lebens- und Geschäftsbereichen.

JETZT NUR NICHTS VERSCHLAFEN

Österreich ist sicher besser aus der Krise herausgekommen als andere, wird aber

mittel- und vor allem langfristig nur erfolgreich sein, wenn jetzt sofort die Digitalisierung in allen Bereichen tatsächlich beschleunigt wird. Denn der digitale Einschlag in die Wirtschaft wird erst kommen – und die Welt wartet nicht auf uns. Es bewegt sich international sehr viel und Österreich kann diese digitale Veränderung nicht aussitzen. Nicht alle Veränderungen werden unbedingt auch Verbesserungen bringen – im

Gegenteil. Vieles, was sich an der Schnittstelle zwischen Mensch und Maschine oder der künstlichen Intelligenz entwickeln wird, muss sehr kritisch betrachtet werden.

Es wird Aufgabe der EU sein, hier wieder mutig voranzuschreiten, so wie beim Datenschutz (Stichwort DSGVO, EU-Richtlinie) oder beim Urheberrecht (EU Copyright-Richtlinie). Die vernünftigen Kräfte in den USA orientieren sich immer mehr an Europa. Oft werden dort EU-Standards umgesetzt, wie zum Beispiel die EU-Datenschutzrichtlinie im neuen kalifornischen Datenschutzgesetz. Ohne die EU gäbe es den besseren Datenschutz für knapp 40 Millionen Kalifornier nicht. Und übrigens: Sowohl Amerikaner als auch Chinesen verstehen das Numbers Game. Die Kraft der EU liegt besonders in den 445 Millionen Konsumenten, die in einem Binnenmarkt leben.

WAS KÖNNTE SICH ALSO ÄNDERN?

Wir werden unsere Haltung zu Hygiene-, Gesundheits- und Sicherheitsstandards ändern, strengere Standards für den öffentlichen Personenverkehr, das Fliegen oder für Grenzübergänge einführen und vor allem deren Einhaltung einfordern. Fälschungssichere Gesundheitsausweise und infektionskritische Impfungen werden wohl verbindlich im Interesse der Volksgesundheit. Zugangskontrollen für Gebäude, bei Veranstaltungen und oder

beim Boarden in Flugzeuge werden zur neuen Norm. Neue Technologien für Authentifizierungen werden eingesetzt werden, das eröffnet neue Chancen.

KLIMA: RUNTER VOM GAS

Corona stellt eine große Gefahr für die menschliche Gesundheit dar, scheint dafür aber unserer Natur gut zu tun. Vielleicht bringt die Covid-19-Krise die Chance, unser Verhältnis zu Umwelt und Klimaschutz weniger emotional zu diskutieren, ohne das Ziel aus den Augen zu verlieren: Jeder will eine gesunde Natur und Umwelt. Daher werden wir vermehrt in Nachhaltigkeit und Green Tech investieren. Auch hier hat die EU schon die Richtung vorgegeben, Österreich hat die klare Absicht bekundet, mitzutun. Green Tech ist ein gigantischer Wachstumsmarkt, vor allem für unsere vielen High-Tech-Firmen.

WENIGER WEGE

Wir werden Videokonferenzen als einen ganz wichti-

gen Kommunikationsweg in der täglichen Arbeit nutzen, denn es funktioniert – sogar mit höherer Produktivität, wenn richtig gemacht – und es spart Wege. Wir werden in Homeoffice-Technologien investieren und voraussichtlich weniger Bürofläche brauchen. Die Immobilienbranche sollte sich daher auch neue Geschäftsmodelle überlegen. Für Mitarbeiter wird ein eigener Schreibtisch vielleicht zum Luxus, und neue „shared desk“ Konzepte werden kommen. Bessere IT-Sicherheitsanwendungen und VPN-Lösungen (Virtual Private Network) werden notwendiger denn je, denn Internetpiraten sind aktiver denn je. Neue Investitionen bieten wieder große Chance für IT-Dienstleister und Software-Security-Firmen, auch aus Österreich.

Der Tourismus, eine sehr wichtige Säule der österreichischen Wirtschaft, muss sein Leistungsversprechen ändern und endlich digital werden. Nicht was die Kernleistung im Hotel betrifft, sondern die Prozesse, das Marketing

etc. Reiner Massentourismus ohne nachhaltige Wertschöpfung wird zukünftig wohl als „potenziell gefährlich“ wahrgenommen, für die Gesundheit der Mitarbeiter und der Einheimischen. Die Nachfrage nach individuelleren Reisen wird steigen. Qualität und nicht Quantität wird entscheiden. Gleichzeitig werden Sicherheit und Hygiene wichtiger. Ein modernes Datenmanagement ist überfällig, um nicht noch mehr Daten an internationale Giganten zu verlieren. Airlines und Hotels werden neue Geschäftsmodelle für Stammkunden entwickeln müssen, um so die treuen Kunden zu halten. Hier können auch junge Firmen wie Technologie-Startups punkten.

KULTUR & EVENTS: DIGITALKONSUM MIT ECHTEM MEHRWERT

Bis Veranstaltungen wieder wie früher erlaubt sind, werden Kulturinstitutionen neue Online-Vertriebskanäle verstärkt nutzen und sie sollten ihre Produktionen in Qualität auch online anbie-



ten. Auch traditionelle Institutionen werden zusätzlich zu ihrem „analogen Angebot“ ein digitales Begleitprogramm mit Mehrwert anbieten. Zum Beispiel kann man Online-Besuchern einer Theateraufführung mehrere Kameraperspektiven anbieten, zwischen denen sie frei und voll synchronisiert wechseln können. Damit entsteht ein höchst individuelles Kulturerebnis, das im Saal in dieser Form nicht möglich ist. Hier entstehen große Chancen für europäische Medientechnologie- und Produktionsunternehmen. Virtual Reality wird durch den Fokus auf Unterhaltung und Kultur, etwa Museen, ein Comeback erleben. Der Einstieg in diesen digitalen Culture Tech-Markt muss schnell erfolgen. Österreich hat die beste Voraussetzung, ein Global Player zu werden. Culture Tech passt einfach wie die Faust aufs Auge zur Kulturnation Österreich.

BILDUNGSSEKTOR WIRD GIGANTISCHER MARKT

Online-Bildung an Schulen, Universitäten, Erwachsenenbildungseinrichtungen, Firmen etc. und Online-Training (etwa im Sport oder beim Sprachenlernen) wird normaler Teil unseres Tagesablaufs werden. Der gesamte Sektor wird schnell wachsen, eine stetig zunehmende Nutzerakzeptanz erleben und dadurch sehr interessant für neue Serviceanbieter im Technologiebereich werden, auch für Formen aus Österreich. Die öffentliche Hand



sollte hier mit einem eigenen Programm für Education-Tech rasch Startup-Gründungen unterstützen.

Traditionelle Medien wie TV-Sender, Radiostationen und Zeitungen müssen neue Online-Formate für das jüngere Publikum entwickeln, um im globalen Kampf um die Zeit der Konsumenten nachhaltig zu punkten. Die Corona-Einschaltquoten des ORF sind nur geborgt. Auch für die Tageszeitungen wird nach der Krise nichts so sein wie vor der Krise. Sie müssen noch mehr auf digitale Angebote und Dienstleistungen fokussieren und sollten beispielsweise eine gemeinsame Online-Initiative starten, denn zusammen haben sie eine größere Reichweite und somit auch mediale Macht gegenüber dem ORF oder der Kronenzeitung. Vielleicht gelingt es den Qualitätsblättern, über Ihren Schatten zu springen. Andernfalls könnte es weniger dieser wichtigen

Titel geben, oder neue, nicht-österreichische Eigentümer bestimmen die Zukunft.

DIE REGULIERUNG KOMMT

Damit soziale Medien auch in Zukunft als Kommunikationsplattform relevant bleiben, müssen sie striktere Regeln einführen, um die Verbreitung von Fake News zu unterbinden. Twitter beweist das schon eindrucksvoll, indem den Trump-Tweets informative Zusätze verpasst werden. Denn ohne eine effektive Selbstregulierung werden die Plattformen Millionen Nutzer verlieren oder der Staat greift gesetz-

lich gegen Hass- und Extremismus-Postings ein. Vermutlich gibt nach Corona mehr Menschen, die Qualitätsjournalismus schätzen und ein tieferes Verständnis für aktuelle Themen bekommen wollen. Wenn eine knappe halbe Milliarde europäische Nutzer plötzlich weniger Zeit auf sozialen Medien verbringen, dann verstehen dies auch Facebook, Twitter und Co., denn sie alle leben von den gigantischen Werbeeinnahmen. Und es ist auch nicht verboten, Social-Media-Anbieter zu nutzen, die in Europa beheimatet sind. Noch scheinen Facebook oder Twitter hier eine Erbpacht zu besitzen, aber in der schnelllebigen Zeit kann sich auch das rasch ändern.

EINE MEGACHANCE FÜR DIE JUNGEN

Wer soll also diese Digitalisierungen antreiben? Alle! Unternehmen und öffentliche Hände. Und alle sollten verstärkt mit den jungen Technologieunternehmen und Startups zusammenarbeiten und den Jungen endlich eine echte Chance geben, denn ohne Unterstützung werden viele von ihnen diese Krise nicht überleben.



Mag. Andreas Spechtler (Rp)

ist Gründer von **Silicon Castles**, einem von Salzburg aus weltweit agierenden Technologie-Akzelerator, zuvor war er Präsident Dolby International und über 25 Jahre im internationalen Technologiegeschäft, u.a. bei Sony und Real Networks, tätig. Er war Startup-Gründer im ersten Dot.com-Boom Anfang der 2000er Jahre und ist Experte für Innovation, Management und Gründungen von Technologieunternehmen.

www.siliconcastles.com

VIEL NEUES WISSEN AN DEN UNIS

COVID BESCHERTE ÜBERRASCHUNGSSEMESTER

Die Corona-Krise kam nahezu über Nacht. Noch Anfang Februar war das Virus ein Ereignis „irgendwo hinten in China“, kaum waren die Semesterferien beendet, wurden von der Bundesregierung radikale Maßnahmen verkündet. Für die Universitäten hieß dies: zunächst teilweise Schließung, wenige Tage später völliger Lockdown. Der Zugang zum Campus war weder für Lehrende noch für Studierende möglich, und das fast ohne Vorlauf.

HERBERT DANNINGER



Die Universitäten stellte dies kurzfristig vor allem vor die Herausforderung, die Lehre so weit wie möglich auf distance learning umzustellen, damit zwar die strengen Vorgaben der Bundesregierung eingehalten werden, die Studierenden aber möglichst wenig Zeit verlieren. Dass ein Zeitverlust unvermeidlich seit würde, war allerdings rasch klar,

als erkennbar war, dass die Corona-Krise sehr viel länger dauern würde als zunächst gedacht und Einschränkungen zumindest bis zum Ende des Sommersemesters gelten würden. Deshalb ist es auch positiv zu bewerten, dass sich das BMBWF entschlossen hat, das Sommersemester 2020 für die Studierenden als „neutrales Semester“ zu definieren, das für Studienzeiten,

Stipendien, Studiengebühren etc. nicht gewertet wird.

E-VORLESUNGEN SIND ENORMER MEHRAUFWAND

Beim Umstieg auf distance learning waren klarerweise jene Universitäten und Fakultäten im Vorteil, die schon bisher auf Virtualisierungsinitiativen im Learning gesetzt (und die Digitalisierung

nicht nur als „notwendiges Übel“ gesehen) haben, insbesondere was die technische Infrastruktur betrifft, denn die war in Zeiten der Corona-Krise praktisch nicht mehr zu beschaffen. Es muss allerdings auch erwähnt werden, dass dieser Umstieg auf distance learning nur mit erheblichem Engagement der Lehrenden gelungen ist, sowohl was die Motivation zur

Neugestaltung ihrer Lehre wie auch häufig die Nutzung privater Infrastruktur aus dem Home-Office betrifft.

Beim Umstieg auf das distance learning waren aber nicht nur die technischen Voraussetzungen, sondern auch die grundsätzlichen Möglichkeiten dafür zwischen den einzelnen Universitäten sehr unterschiedlich. Gewisse Aktivitäten waren relativ leicht zu organisieren, wenn die technischen Voraussetzungen vorhanden waren, wie etwa Vorlesungen per streaming aufzeichnen, Vorlesungsfolien mit gesprochenem Text unterlegen und als Video auf die Lernplattform stellen oder mündliche online-Prüfungen abhalten, sogar Abschlussprüfungen für Master- oder Doktoratsstudien. Hier wurden auch die rechtlichen Rahmenbedingungen zum Teil sehr schnell geschaffen. Gewisse Dinge waren dagegen nicht möglich, wie schriftliche Präsenzprüfungen und in den praktischen Fächern Übungen, vor allem Laborübungen, die aufwendige Infrastruktur benötigen. An den Kunst-Unis zeigte sich beispielsweise, dass die verfügbare Software primär auf die Vermittlung von Sprache getrimmt ist und nicht auf jene künstlerischer, zum Beispiel musikalischer Ausdrucksformen.

Auch in diesen Bereichen begann zwar im Juni langsam wieder der Betrieb, aber aufgrund der sehr viel geringeren möglichen Belegung (sowohl der Hörsäle bei Prü-



fungen als auch der Labors) werden Angebote an die Studierenden im Sommer erforderlich sein, um Zeitverluste für sie möglichst zu reduzieren. Die Teilnahme daran beruht auf Freiwilligkeit, denn für viele Studierende besteht beispielsweise die Notwendigkeit, im Sommer Geld zu verdienen. Für die Universitäts- und Fakultätsleitungen wird es auch eine organisatorische Herausforderung sein, einerseits für die LVAs im Sommer jederzeit ausreichend Lehrende verfügbar zu haben, andererseits den Forschungsbetrieb nicht zu sehr zu beeinträchtigen und den Lehrenden im Zuge der Fürsorgepflicht auch den Jahresurlaub zu ermöglichen.

PROBLEMFELD MASTERARBEITEN

Massiv betroffen – wenn auch in den Medien weniger behandelt – waren durch die Einschränkungen auch Forschung und forschungsgeleitete Lehre, wie Masterarbeiten oder Dissertationen. Dies betraf und betrifft weniger die Buchwissenschaften als die experimentellen, vor-

allem naturwissenschaftlich-technischen Fächer, in denen spezielle Infrastruktur benötigt wird, die das Homeoffice klarerweise nicht bieten kann. Hier waren Zeitverluste unvermeidlich, die für länger laufende Projekte und akademische Arbeiten eventuell verkraftbar sind (auch die Förderorganisationen bis hin zur EU haben bereits reagiert), für kürzere Projekte und vor allem für Masterarbeiten waren die Verzögerungen dagegen wesentlich problematischer. Die Auswirkungen des Lockdowns auf stark industrieorientierte Auftragsforschung können derzeit noch nicht seriös abgeschätzt werden, könnten aber erheblich problematisch für jene Universitäten werden, die in diesem Drittmittelsektor besonders aktiv und erfolgreich sind, zumal hier mittelfristig auch die weitere Wirtschaftsentwicklung eine entscheidende Einflussgröße darstellt.

VIEL NEUES WISSEN – DER ANDEREN ART

Nicht zu unterschätzen sind die Auswirkungen auch

auf die administrativen Abläufe an den Universitäten. So wurden beispielsweise Berufungsverfahren verzögert, weil keine Hearings und Bewerbungsgespräche möglich waren – auch aufgrund der eingeschränkten Reisemöglichkeiten. Weiters wurden – und werden immer noch – aufgrund des de facto weltweiten Shutdowns zahlreiche Konferenzen storniert oder zumindest verschoben und Vorträge abgesagt. Man hat zwar versucht, die Homeoffice-Phase möglichst effizient für die Aufarbeitung von Ergebnissen sowie die Erstellung von Reviews zu nutzen, insgesamt wurde die Erarbeitung von Forschungsergebnissen aber doch signifikant behindert, was mittelfristig auch einen Rückgang der Publikationstätigkeit bewirken dürfte.

Dies alles wird Auswirkungen auf die Wissensbilanz der einzelnen Universitäten haben und insbesondere auf die Kennziffern der Leistungsvereinbarungen mit dem BMBWF, besonders stark auf die Zahl der prüfungsaktiven Studierenden. Es wird spannend werden, wie das BMBWF auf diese von den Unis nicht beeinflussbaren Randbedingungen reagieren wird. Denn der Ausfall schriftlicher Präsenzprüfungen in Massenfächern lässt sich nicht kompensieren, insbesondere weil der Stichtag hier im Gegensatz zu anderen Kriterien in den LVs nicht der 31. Dezember, sondern bereits der 30. September 2020



© Alina - stock.adobe.com

ist. Hier wäre ein „neutrales Semester“ nicht nur für die Studierenden, sondern auch für die Unis einzufordern, letzteres vor allem im Lichte der massiv vorangetriebenen Digitalisierungsinitiativen an den Universitäten, die jedoch Vorbereitungen und somit Anlaufzeiten benötigt haben. Dass dies gut investiertes Kapital im weitesten Sinne ist, wird sich wohl erst in den folgenden Semestern zeigen. In den letzten Monaten wurden eindeutig mehr Fortschritte im Bereich der Digitalisierung erzielt, als jegliche geplante Initiative hätte liefern können.

WINTERSEMESTER IM NORMALBETRIEB?

Aktuell ist es Aufgabe der Universitäten, primär der Rektorate, jetzt das „ramp-up“ durchzuführen, und dies ist durchaus sehr viel anspruchsvoller als das Schließen. Ziel muss es sein, dass das Wintersemester 2020/21 unter klaren und gut kommunizierten Randbedingungen starten kann, vor allem, was die Lehre betrifft. Auf viele Facetten des akademischen Betriebs wie Konferenzbesuche, physische Projektmeetings etc. werden wir

aber noch längere Zeit warten müssen, und der in den nächsten Monaten hoffentlich erreichte Normalbetrieb wird doch eher ein „Normal-Notbetrieb“ sein.

WAS LERNEN DIE UNIS AUS DER KRISE?

- Offensives Herangehen an die coronabedingten Probleme. Versuche „durchzutauchen“, in der Hoffnung, dass die Krise rasch vorbeigeht, haben sich als keine gute Idee erwiesen.
- Effizienter Einsatz moderner Medien und Kommunikationsmittel für die akademische Lehre überall dort, wo sie sinnvoll einsetzbar ist.
- Konkret: Nutzung der Vorteile, welche Neue Medien bieten: Aufzeichnung von Vorlesungen und Verfügbarkeit der Videos über die entsprechenden Lernplattformen der Unis (aber mit kontrolliertem Zugang, aufgrund der Copyright-Problematik).
- Analog in der Forschung: so weit möglich online-

meetings statt Vor-Ort-Treffen, mit Ersparnis an Geld, Zeit und CO₂.

- Aufbau der entsprechenden Infrastruktur an den Universitätsräumlichkeiten sowie Ausstattung der Lehrenden und systematische, verpflichtende Schulung in der Nutzung.
- Gute und effiziente Kommunikationskanäle innerhalb der Universitäten zwischen allen Stakeholdern, insbesondere auch zu den Studierenden.
- Klare und möglichst frühzeitige Vorgaben der Rektorate und Fakultätsleitungen, die trotz sich rasch ändernder Randbedingungen untereinander konsistent sein sollen.
- Es wird notwendig und Sache der Rektorate gemeinsam mit dem BMBWF sein, zu bewerten, wo, an welchen Universitäten und Fakultäten, mit der Krise effizient

umgegangen wurde und wo Verbesserungsbedarf besteht, so dass im Endeffekt „best practice“-Modelle erarbeitet und umgesetzt werden.

Der Einsatz des distance learning sollte aber mit Maß und Ziel erfolgen, als nützliches und effizientes Werkzeug, aber nicht das Ziel der Entwicklung der akademischen Lehre sein. Der persönliche Kontakt zwischen Lehrenden und Studierenden muss erhalten bleiben; reiner Frontalunterricht wird nicht besser, wenn er über das Internet erfolgt. Vor allem ist darauf zu achten, dass auch der Kontakt der Studierenden untereinander erhalten bleibt; die „selektive Vereinzelung“ der Studierenden, wo jede und jeder nur mehr allein zu Hause vor dem Laptop sitzt, muss unbedingt vermieden werden, gerade weil die Universitäten ja nicht nur rein fachliche Kompetenzen vermitteln, sondern auch persönlichkeitsbildend wirken sollen.



Univ. Prof. DI Dr. Herbert Danninger (Nc)

forscht und lehrt an der TU Wien. Es ist ÖCV-Amts-träger für Universitätsfragen.

WELTWEIT GEFRAGT NUR BEI MATURANTEN NICHT

„Mehr als Herausforderung und Chance denn als Problem“ – so sieht Wilfried Eichlseder (GIL), der Rektor der Montanuni Leoben, die Coronakrise samt Folgen. Die Umstellung auf „digitalen Betrieb“ gelang fast reibungsfrei, nun sind die Leobener Grundlagenforscher mehr gefordert denn je. Denn sowohl das Virus als auch die Klima- und Ressourcenkrise werden weltweit den Ruf nach guten Technikern verstärken, sagt Eichlseder im ACADEMIA-Interview. Was leider fehlt, ist der Zustrom aus den heimischen Schulen.



Rektor Wilfried Eichlseder (GIL)

Keine Uni in Österreich war auf den „kalten“ Lockdown wirklich vorbereitet. Hat sich für Euch jemals die Frage gestellt: Lehrsemester oder Leersemester?

Nein, in keinem Moment. Unser erste Priorität war: die Gefährdeten definieren und schützen. Die zweite: das Semester für die Studierenden retten. Es wurde ein Krisenstab einberufen, kurzfristig wurden für die Bereiche Lehre, Forschung und Allgemeiner Betrieb Task Forces eingerichtet, die Konzepte für den Betrieb während der Corona-Zeit erarbeiteten. Die Lehrenden haben sich dabei unheimlich reingehaut, sogar die anfangs Skeptischen bis Ablehnenden haben sich schnell umgestellt. Wir haben den Lehrbetrieb auch während der Osterferien, die bei uns ja vier Wochen dauern, durchgezogen, damit wir den Juni frei bekommen

für Laborübungen, die ja un-aufschiebbar sind, weil im Wintersemester schon die nächsten Studenten auf die Plätze warten.

Wer war mehr gefordert? Die Lehrenden oder die Studierenden?

Für die Lehrenden war es hoher Aufwand, sich umzustellen – in der Aufbereitung der Unterlagen und der technischen Umsetzung der Vorlesungen. Für die Studierenden gings eher darum, sich zu motivieren und zu überwinden, sich die Lehr-einheiten von zu Hause aus anzuhören via Live-Video. Wir hatten erfreulicherweise mehr Hörer als real. Die Prüfungsaktivität war anfangs auch sehr gut, hat dann aber leicht nachgelassen. Geprüft wurde via Video, zuerst nur mündlich, etwas später auch schriftlich. Da ist die Vorbereitungsarbeit



ja ziemlich aufwändig, weil jeder Kandidat zwei Kameron braucht und ein klar definiertes Setting vorgegeben sein muss.

Könnten die neugewonnenen Erfahrungen beim Lehren und beim Prüfen fixer Teil der Zukunft werden. Das würde doch viele Wege ersparen?

Rein fachlich wird man viel abdecken können. Universität ist aber mehr als das. Was beim Prüfen auf Distanz fehlt, ist die soziale Komponente, das Gegenübersitzen von Prüfer und Prüfling. Daher braucht es Präsenz-

prüfungen und Präsenzlehre. Und ich sage das ganz klar: Wir wollen ehestmöglich zur Präsenzlehre zurückkehren. Denn es geht in einem Studium neben der Vermittlung von Fachinhalten auch um die Entwicklung der Persönlichkeit im Umfeld von Kommilitonen und Lehrenden. Eine unserer großen Stärken ist der sehr gute Betreuungsschlüssel, also die Nähe zwischen Studierenden und Lehrenden. Das soll auch so bleiben, wir wollen keine Fernuni werden.

Du rechnest mit „normalem“ Unibetrieb ab Anfang Oktober?

Wenn es die Situation zulässt, sollen der Vollbetrieb im Oktober aufgenommen werden. Trotzdem werden wir – aufgrund der schwer einschätzbaren Infektionssituation – für den Herbst in jede Richtung vorbereitet sein, auf Präsenzlehre ebenso wie auf distance learning oder hybride Formen. Das sind wir auch unseren ausländischen Studenten schuldig, von denen wir heute nicht wissen, wann sie wieder einreisen können.

Die Hochschülerschaft beklagt, es habe an allen Unis Österreichs

vereinzelt Lehrende gegeben, die sich mit dem Lockdown quasi völlig in die Nichterreichbarkeit verabschiedet hätten. Wie geht man als Uni um mit solchen schwarzen Schafen, wie sollte das Ministerium reagieren?

Ich denke, diese Problematik kennt jeder Betrieb – sie ist ja nicht neu. Es gibt ein paar, die sich mehr engagieren, und ein paar, die dies weniger tun. Nun wird man Wege finden, dass man diese Personen motiviert oder mit leichtem Druck in die Richtung führt. Insgesamt aber

LEOBENER ERFOLG IM KAMPF GEGEN SARS-COV-2

Dr. Nikolaos Kostoglou, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Funktionale Werkstoffe und Werkstoffsysteme der Montanuniversität nahm gemeinsam mit einem Team aus griechischen Kollegen an der „EUvsVirus-Challenge“ teil – als einer von 2.000 Beiträgen – und ging dabei in seiner Kategorie als Sieger hervor.

Das Leobener Projekt beschäftigt sich mit einer schnellen Methode zur Detektion von SARS-CoV-2-Viren, die auf bereits bekannten optischen Verfahren aufbaut, nämlich der Streuung von Laserstrahlen an Molekülen (zum Beispiel an Proteinmolekülen des Virus). Diese Methode ist als „Surface Enhanced Raman Scattering“, kurz SERS, bekannt. Solche Geräte sind als Hand-held-Geräte bereits vielfach im Einsatz, etwa zur Detektion von Drogen auf Flughäfen.

„Unsere Idee war, diese SERS-Methode zur Detektion der Corona-Viren zu verwenden“, erläutert Lehrstuhlleiter Univ.-Prof. Dr. Christian Mitter. Bei der Challenge beschäftigte sich das Team rund um Kostoglou mit der Entwicklung von Einweg-Luftfiltern, die mit Nanopartikeln funktionalisiert sind. An diesen Filtern bleiben Tröpfchen mit dem Virus haften. „Die Herausforderung ist nun, einen ‚Fingerprint‘ des Virus, beispielsweise eine bestimmte Proteinstruktur, zu finden, die charakteristisch für SARS-CoV-2 ist. Diese Proteinstruktur könnte dann mit den bereits vorhandenen Hand-held-SERS-Geräten detektiert werden und so extrem rasche Tests ermöglichen“, erklärt Kostoglou. Die Einsatzmöglichkeiten dieser Geräte wären vielfältig: in Krankenhäusern, Schulen und überall dort, wo es zu großen Menschenansammlungen kommt.



Die Montanuniversität Leoben

waren die Ausfälle sehr gering, viel öfter mussten wir Studierende und Lehrende davon abhalten, auf die Uni zu kommen. Die wollten alle eher „mehr machen“.

Was bleibt von Corona?

Es bleibt sicher zunächst die Ergänzung durch digitale Medien, also das Hybride – da hat sich Vieles bewährt und man muss ehrlich sagen: Das hätten wir ohne Corona auch nie in diesem Tempo hingekriegt. Die gesamte Umstellung Mitte März ist extrem rasch gelungen.

Reduzieren die Krise und ihre Folgen die Jobaussichten Eurer Absolventen?

Kurzfristig vielleicht ja, weil die Wirtschaft aktuell schwächelt, aber mittel- und langfristig sicher nicht. Unsere Welt ist mit so vielen Problemstellungen konfrontiert, für die sie technische Lösungen

erwartet – daher werden Ingenieure aus dem MINT-Bereich verstärkt brauchen. Vor allem Grundstofftechniker, die fit sind in Sachen Nachhaltigkeit, Recycling und Ressourcenmanagement.

Vor Corona, als alle nur vom Klima redeten, hatte man das Gefühl, es macht sich eine massive Fortschritts-, Technik- und Industrieindignität breit. Woher kommt dieser negative Touch?

Österreich hat eine lange Tradition in den Ingenieurwissenschaften. Schließlich lässt sich der Wohlstand in unseren geographischen Breiten zu einem Gutteil auf

eine erfolgreiche Industrie zurückführen. Dies erfordert außergewöhnliche Menschen – exzellente Ingenieure und Wissenschaftler – für deren Bildung und Ausbildung wir uns verantwortlich fühlen. Wir haben daher in unserer jüngsten Image-Kampagne den Claim „Alles außer gewöhnlich“ gewählt: Außergewöhnliche Studienrichtungen, außergewöhnliche Professoren und außergewöhnliche Studenten. Das

**„ALLES AUSSER GEWÖHNLICH –
außergewöhnliche Studienrichtungen,
außergewöhnliche Professoren
und außergewöhnliche Studenten.“**

können wir auch belegen. In zahlreichen Fachrankings rangiert die Montanuniversität Leoben immer wieder unter den besten Universitäten der Welt. Herausragende

Forschungstätigkeiten verbunden mit dem unmittelbar darauffolgenden Einfließen der daraus resultierenden Ergebnisse in die Lehre sind sichtbares Zeichen für unsere exzellente Performance.

Seit zwei Jahrzehnten wird den Maturanten gepredigt, dass es in den naturwissenschaftlich-technischen Wissenschaften die allerbesten Berufschancen gibt. Was sagen die Inskriptionszahlen?

Wir bemühen uns seit langem – aber die Situation ist nach wie vor nicht zufriedenstellend. Das liegt zum Teil auch daran, dass in Österreich in den vergangenen Jahrzehnten zwar die Zahl der Maturanten massiv gestiegen ist, die Zahl der naturwissenschaftlich-technisch begabten und interessierten Schulabgänger aber längst nicht im entsprechenden Ausmaß.



effizienter gestalten. An der Montanuniversität widmen wir uns diesem Thema deshalb mit einem völlig neuen Studienangebot: „Industrial Data Science“. Dies ist kein herkömmliches „Digitalisierungsstudium“, vielmehr verschmelzen wir hier innovative Produktions- und Informationstechnologie. Wir entwickeln außergewöhnliche Denkansätze, um die sinnvolle Nutzung von Daten mit dem entsprechenden Nutzen für die Wirtschaft aber vor allem auch der unbedingt notwendigen Verantwortung für Mensch und Gesellschaft zu kombinieren. Ein weltweit einzigartiges Studium mit wirklich außergewöhnlichen Zukunftsperspektiven.

Sind unsere Schulen schlichtweg zu schwach in diesen Fächern?

Wir haben ein Imageproblem. Die technischen Berufe und die gesamte Grundlagenforschung genießen in den heimischen Schulen keine sehr hohe Aufmerksamkeit. Wir schaffen es nicht, unsere technischen Berufsbilder so darzustellen, wie sie wirklich sind. Die Maturanten können sich unter Berufen, die im Umfeld der Studien Jus, Wirtschaft, Sprachen oder Sozialwissenschaft angesiedelt sind, deutlich mehr vorstellen – die Ingenieurberufe hingegen gelten als trocken und theoretisch, wenig kommunikativ und gering sozial vernetzt. Dabei sind die Berufsbilder unserer Absolventen enorm bunt und vielfältig. Und sie garantierten Erfolg. Leobener Ingenieure sind weltweit begehrt, sie können im Regelfall unter mehreren Jobangeboten wählen, ohne sich davor überhaupt offiziell beworben zu haben. Topkarrieren in Wirtschaft und Wissenschaft sind die logische Folge davon.

Wird dieser Trend anhalten? Eine Berufskarriere dauert ja 40 Jahre ...

Wenn man sich vor Augen hält, wie sehr Klimaschutz und Nachhaltigkeit die öffentliche Debatte dominieren, absolut ja. Unser Angebot ist ausgerichtet entlang der so genannten Wertschöpfungskette, also von der Aufsuchung von Rohstoffen, deren Gewinnung, Aufbereitung und Veredelung bis hin zum fertigen Produkt und dessen Wiederverarbeitung. Das ist europaweit einzigartig. Mit der Implementierung der jüngsten Studienrichtung – Recyclingtechnik – wurde aus der dieser Wertschöpfungskette sogar ein Wertschöpfungskreislauf: Aus unseren Produkten werden am Ende ihrer Lebensdauer alle hochwertigen Bestandteile zurückgewonnen und wieder in den Wertschöpfungskreislauf eingebracht.

Nun erwartet alle Welt, dass die Corona-Krise die Digitalisierungsprozesse nochmal massiv beschleunigt.

Ist die Montanuni darauf vorbereitet?

Die Digitalisierung eröffnet uns vollkommen neue Möglichkeiten. Wir können in vielen Bereichen Potentiale heben und Prozesse intelligenter und vor allem



Freifinanziert

WR. NEUSTADT

Pottendorfer Straße 218

Exklusive Eigentumswohnungen

- ab 62 bis 89 m²
- tlw. Eigengarten mit Terrasse / Balkon / Dachterrasse
- Tiefgaragenstellplatz

Bezug: Herbst 2020

Musterwohnung zu besichtigen

Tag der offenen Tür
17.7.2020
13–16 Uhr

verkauf@alpenland.ag

www.alpenland.ag

ANTIVIRALE WIRKUNG NUR WENN VIELE MITMACHEN

Der Nutzen und die Gefahr von „Corona-Apps“ auf den Mobiltelefonen ist zur Glaubensfrage geworden – auch weil die Politik das heikle Thema tollpatschig lancierte. Nun droht den Apps das Wichtigste verloren zu gehen: die User. Dabei sagen Entwickler und Datenschützer übereinstimmend: Big Brother schnüffelt ganz anderswo – bei fast jedem von uns.

WILHELM ORTMAYR



Wir schreiben Corona, Phase 3: Nachdem es gelungen ist, die pandemische Verbreitung der Infektion einzudämmen, lernt Europa mit dem Virus zu leben. Die zweiteilige Strategie ist einleuchtend: Vorsicht, Abstand und Masken senken das Ansteckungsrisiko, eine neuerliche pan-

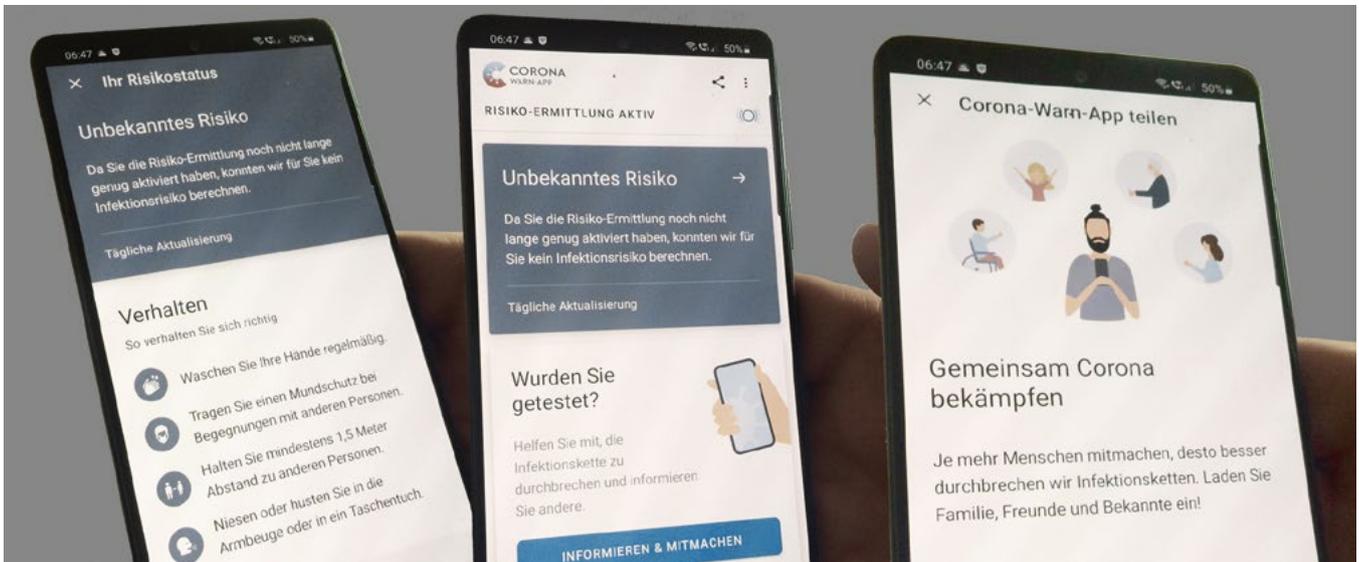
demische Ausbreitung will man durch rasches Erkennen und Unterbrechen neuer Ansteckungsketten verhindern. Dabei geht es um jede Stunde. Laut Christian Drosten, dem Berliner Virologen, sind Infizierte im „noch anonymen Zustand“, also am Tag vor Beginn der Symptome am ansteckendsten. Vier Tage

später hat das Risiko schon deutlich abgenommen, spätestens nach sieben Tagen sind Covid-Patienten praktisch nicht mehr ansteckend. Die Medizin unterstützt daher die Bemühungen der Politik, Frühwarnsysteme zu etablieren, die mögliche Infizierte vor der Gefahr warnen, die von ihnen ausgehen

könnte. Mittels modernem Mobiltelefon. Das einzige, was der Nutzer dazu benötigt, ist eine sogenannte Contact-Tracing-App.

DEZENTRAL SETZT SICH DURCH

Um die Technologie hinter diesen Apps und die dar-



Nach langem Regierungs-Hinundher sehr schnell entwickelt und zugänglich gemacht: Die deutsche App.

an geknüpften Fragen der Datensicherheit hat es in den vergangenen Wochen und Monaten europaweit heftiges Gerangel gegeben. Denn grundsätzlich duellieren sich für die Kontaktverfolgung gegen das Corona-Virus zwei „Denkschulen“: Jene, bei der ein zentraler Computer speichert, welche Handy-User einander treffen (PEPP-PT genannt) und diverse dezentrale Systeme. Taktgeber ist dabei die Schweiz mit ihrem von den Hochschulen Lausanne und Zürich entwickelten „DP-3T“ (Decentralized Privacy-Preserving Proximity Tracing). Auch Österreich favorisiert mittlerweile diese Technologie. Detail am Rande: Nachdem die EU und Deutschland zunächst den zentralen Ansatz bevorzugten, ist Berlin nach heftiger Datenschützer-Kritik auf den DP-3T-Zug umgestiegen, hat SAP und Deutsche Telekom mit der Entwicklung beauftragt und die App am 15. Juni per Kaltstart ins Rennen geschickt. Die Regierung

Frankreichs hingegen hat Anfang Juni begonnen, ein zentral gesteuertes System zu promoten – allerdings ohne Zustimmung des Parlaments und mit vermutlich geringer Akzeptanz in der Bevölkerung.

NUR DAS EIGENE HANDY SCHREIBT DIE KONTAKTE MIT

Wie der Name vermuten lässt, setzt DP-3T auf keinen zentralen Ansatz. Die relevanten Daten (sprich die verschlüsselten Codes aller „Kontakte“) sammelt und speichert stets nur das eigene Handy. Im Infektionsfall sendet die App eines Infizierten nur die eigene (verschlüsselte) ID an eine Zentrale. Dort holen sich alle Mobiltelefone, die die App installiert haben, regelmäßig alle gemeldeten kritischen IDs ab und führen direkt am eigenen Gerät das „Matching“ durch. Dabei werden die eigenen Kontaktcodes mit jenen Codes abgeglichen, die das System aus den als kritisch gemeldeten

IDs errechnet hat. Rückschlüsse auf Zeit, Ort und Dauer eines Kontakts sind erst möglich, wenn es einen Treffer gibt.

In der Schweiz absolvierte die Corona-App seit Mitte Mai ihre erste ernste Testphase mit etwa 15.000 Benutzern, großteils Angehörige der Armee und Schlüsselpersonal. Dieser Probelauf und das enorme Tempo der Deutschen waren und sind insofern spannend, als an der technischen Leistungsfähigkeit der App durchaus noch Zweifel bestehen. Da sie rein auf Basis von Bluetooth arbeitet und deshalb (im Gegensatz etwa zu GPS) keinerlei Standortdaten aufnimmt, ist unklar, wie genau das Tracing arbeiten wird. Immerhin ist Bluetooth keine Technologie, die für das Messen von Entfernungen geschaffen wurde, sondern zum Verbinden von Geräten in allernächster Nähe (Freisprecheinrichtung, Kopfhörer ...)

Behelfen haben sich die Entwickler mit der Idee, dass sie die App nach der Signalstärke anderer Smartphones suchen lassen, um daraus Rückschlüsse auf die Distanz zu ziehen. Hat die App eine Person als nah genug ermittelt, sorgt sie für einen Code-Austausch zwischen den Smartphones. Signale aus einer Entfernung von mehr als zwei Metern sollen eliminiert werden, zusätzlich soll die App Dauer und Zeitpunkt des Kontaktes speichern. (Datenschützer monieren, dass dies bei gewarnten Personen Rückschlüsse auf den „Infizierer“ zulasse – die Medizin begrüßt aber genau das und dürfte sich in dieser Frage wohl auch durchsetzen.)

GOOGLE UND APPLE: GUTE PR UND EIGENNUTZ?

DP-3T basiert also auf der „Zweckentfremdung“ einer Technologie. Damit die App auch im Hintergrund und mit geringem Stromverbrauch verlässlich funktioniert, ha-

ben Apple und Google ihre mobilen Betriebssysteme modifiziert und um die entsprechenden Schnittstellen ergänzt. Das wirft Fragen auf: Warum übernehmen zwei Konzerne, die von vielen als emsigste Datensammler des Planeten bezeichnet werden, die Fleißaufgabe, ein möglichst dezentrales, anonymes und sicheres Corona-Tracing zu ermöglichen? Betriebswirt und EDV-Unternehmer Bernhard Reyer (Nc) sieht dahinter zwei Strategien: „Gewiss hat das auch mit Imagegewinn zu tun. Die beiden Konzerne möchten Gutpunkte bei den Regierungen Europas und den sensiblen Datenschützern sammeln. Andererseits haben beide Giganten selbst massives Interesse daran, dass die Welt den Corona-Schock schnell hinter sich lässt. Denn schwächelt die Wirtschaft, schwächeln auch die Umsätze bei Google und Apple.“

Dennoch ist nicht zu übersehen, dass die Datenschützer in ganz Europa skeptisch bleiben. Das hat mit Google und Apple ebenso zu tun wie dem Umstand, dass sowohl die Schweiz als auch Deutschland große und/oder staatsnahe Player mit der Entwicklung der Corona-Apps beauftragt haben, während der Kompetenz-Pool der Kleinen und Start-ups nicht berücksichtigt wurde. Um Vertrauen zu schaffen, haben die Entwickler in beiden Ländern mittlerweile ihr Versprechen eingelöst, die Tracing-App möglichst transparent zu

entwickeln, und den kompletten Programmcode ihrer Anwendungen offengelegt. Bereits in den ersten Tagen nach diesem Outing haben sich in Deutschland über 65.000 freiwillige Software-Experten die bereits veröffentlichten Quellcodes angesehen und eigene Vorschläge für Verbesserungen gemacht. Datenschützer sehen damit eine ihrer Hauptforderungen erfüllt. Die grundsätzliche Sinnhaftigkeit von Corona-Apps haben sie (zum Ärger vieler Journalisten) sowieso nie bestritten. Die österreichische Organisation „epicenter.works“ meint, die Systeme seien „epidemiologisch sinnvoll und führen dazu, die Ausbreitung der Krankheit zu verhindern, wenn Menschen frühzeitig in Heimquarantäne gehen“.

NUR HOHE TEILNEHMERZAHL GARANTIERT ERFOLG

Ob Tracing-Apps den gewünschten Effekt bringen, hängt einzig und allein davon ab, wieviele Bürger eigenverantwortlich mitmachen. 60 Prozent sollten es mindestens sein, damit es zu einer realistischen Kontaktdichte kommen könne, sagen Fachleute. Die gegenwärtige Bereitschaft, eine Corona-App freiwillig zu verwenden, liegt nur in der Schweiz im erwünschten Bereich. In Deutschland hingegen gibt es nur 42 Prozent entschiedene Befürworter, in Österreich noch weniger.

Erhöhen könnte man die Zahl der Nutzer, indem man

KEIN GEGLÜCKTER START

Seit über drei Monaten hat Österreich eine Corona-Tracing-App. Doch Ihre Verbreitung lässt mit 600.000 Downloads zu wünschen übrig, die Zahlen der aktiven User dürfte nach Meinung von Fachjournalisten sogar weit darunter liegen. Nicht ohne Grund lächelt man sich in Deutschland und der Schweiz unverhohlen ins Fäustchen, weil Covid-Musterknabe Österreich die Sache mit der App gründlich vergeigt hat – und versucht aus den rotweißbroten Fehlern zu lernen:

- Die App war zunächst eher kompliziert und erforderte häufig das aktive Eingreifen des Users.
- Die App wird von der internationalen Beratungsfirma Accenture programmiert beziehungsweise betrieben und in einer Microsoft Cloud gehostet, einem Unternehmen, das unter die US-Überwachungsgesetze fällt. Die App war zunächst kein „open-source“, also keine Software, deren Quelltext öffentlich und von Dritten eingesehen, geändert und genutzt werden kann. Mittlerweile haben Rotes Kreuz und Accenture den Quelltext öffentlich gemacht.
- Die Kommunikation im Vorfeld und die Einbindung der Zivilgesellschaft liefen geradezu schulbuchmäßig miserabel. Es gab keine klaren Informationen darüber, was die App leisten kann und was nicht. Dies steigert die Gefahr, dass die Benutzer sich in falscher Sicherheit wiegen. Auch eine frühzeitige PR-Kampagne (zwecks Steigerung von Motivation und Vertrauen) blieb aus – vielmehr hatte man das Gefühl, die App sei den Verantwortlichen durch eine Panne vorzeitig aus der Schublade gehüpft.
- Mangels breiter politischer Willensbildung fehlte jegliche Klarheit bezüglich gesellschaftlicher Ziele und rechtlicher Rahmenbedingungen. Einzelne Politiker stellten eine „App-Pflicht“ zumindest als Vision (Gegenleistung für Erleichterungen) in den Raum, die Regierung war bemüht, glaubwürdig zu dementieren. Nur Tage später meinte eine „Kanzlerberaterin“ in einem Interview, „jeder würde künftig eine Corona-App haben“ und sie halte eine App-Pflicht für Einreisende auch für sinnvoll. Solche PR-Desaster erhöhen das Vertrauen der Bürger nicht – weder in die App selbst noch an den in Regierungskreisen herrschenden Sachverstand.

„Jeder, der bei Facebook ist, WhatsApp nutzt, GPS-Ortung verwendet oder öfters mit Kreditkarte zahlt, gibt x-mal mehr von sich preis, als er es mit einer guten Corona-App macht.“

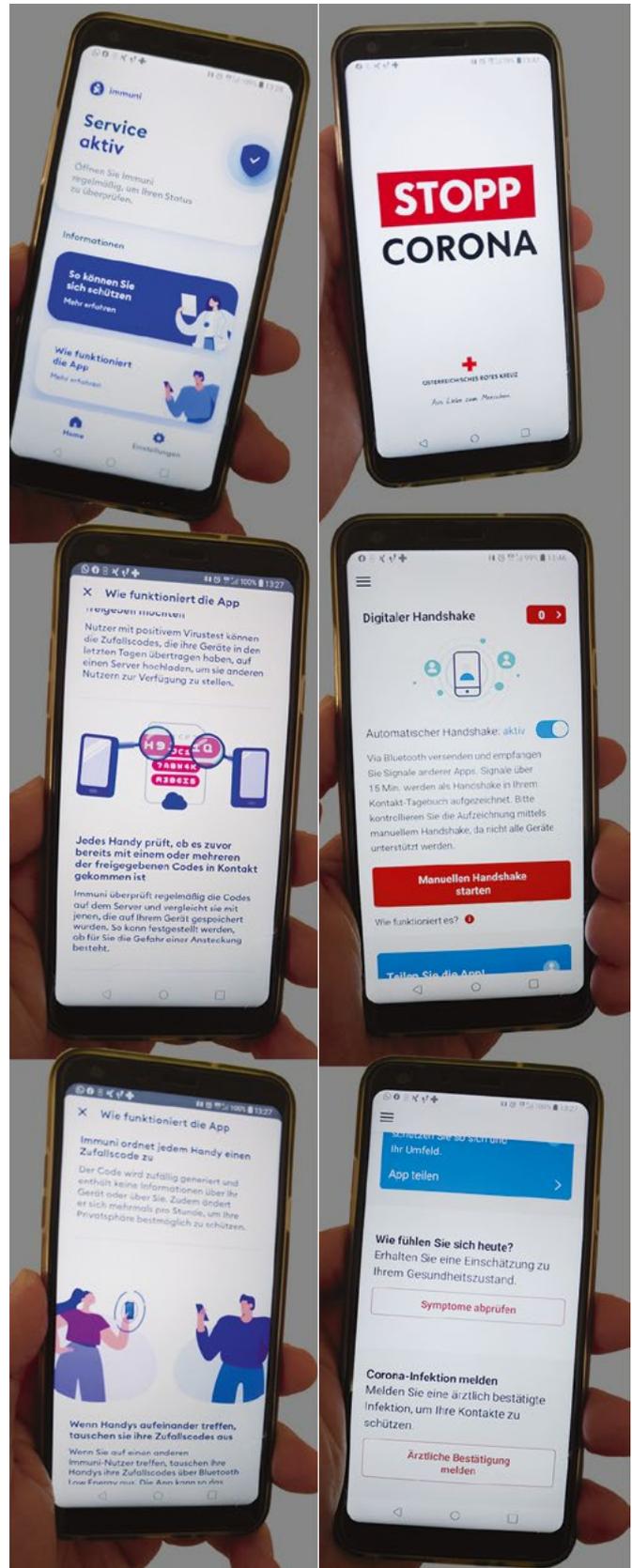
den „Markt“ auch für Nicht-Handybenutzer öffnet, etwa für Kinder, ältere Menschen oder für Personen, wenn sie ihr Handy gerade nicht bei sich tragen, etwa am Badestrand. In Wien entwickelt deshalb Bernhard Reyers Firma „BHR Tech“ derzeit nur wenige Zentimeter große, batteriebetriebene Bluetooth-Schlüsselanhänger, die untereinander und mit Google / Apple-kompatiblen Covid19-Tracing Apps (wie beispielsweise die österreichische StoppCorona-App) Handshakes austauschen können und damit als datenschutzsichere und anonyme Ergänzung zur den Apps für bestimmte Zielgruppen eingesetzt werden können, sobald die Einbindung in das nationale System erfolgt ist.

Reyer ist von der Sinnhaftigkeit eines digitalen Trackings zum Nachvollziehen von Kontakten überzeugt: „Ich halte die dezentrale Funktionsweise für sinnvoll, weil sie die Privatsphäre schützt“, sagt der gebürtige Salzburger und fügt hinzu: „Jeder, der bei Facebook ist, WhatsApp nutzt, GPS-Ortung verwendet oder öfters mit Kreditkarte zahlt, gibt x-mal mehr von

sich preis, als er es mit einer guten Corona-App macht.“

VERTRAUENSBLDUNG BRINGT NUTZER

Die Bürger Europas zweifeln noch. Mittlerweile betonen die meisten Staaten, dass die Nutzung von Tracing-Apps völlig freiwillig sein soll. Niemand werde gezwungen, heißt es – nicht zu Download und Installation, nicht zur lückenlosen Nutzung und auch nicht zum Bekanntgeben einer etwaigen Eigeninfektion. Auch Selbstisolierung und Testung bei erhaltener Warnung sollen nicht vorgeschrieben werden, die Regierungen wären aber wohl gut beraten, gewarnten Personen rasch und unbürokratisch einen Corona-Test zu ermöglichen. Und es braucht intensive vertrauensstärkende Kampagnen, um den Menschen die Angst vor Überwachung, Kontrolle und negativen Folgen zu nehmen. Die Ankündigung deutscher Minister, man könnte Erleichterungen bei den Corona-Beschränkungen künftig davon abhängig machen, wieviele Menschen die App benutzen, sind diesbezüglich sicher kontraproduktiv.



Links Screenshots von „Immuni“, der hervorragend gemachten Corona-App Italiens, die es auch in (fehlerfreiem) Deutsch zum Download gibt. Rechts die Stopp-Corona-App des Roten Kreuzes.

WHATEVER IT TAKES (II)

HERBERT KASPAR

„Ist dies schon Wahnsinn, so hat es doch Methode“, lässt Shakespeare Polonius im Hamlet sagen; er könnte damit die aktuelle Diskussion der EU zur Überwindung der Corona-Rezession gemeint haben. Und seit wenigen Wochen wissen wir auch ganz genau, wer in der EU das Sagen hat: nicht die vorgesehenen Institutionen, sondern Frankreich und Deutschland, wobei die Franzosen für die kreativen Ideen und die Deutschen für das Bezahlen der Rechnung zuständig sind.

Macrons Vor-Vorgänger Nicolas Sarkozy brachte das schon vor zehn Jahren auf den Punkt: „Frau Merkel ist in Deutschland gewählt, ich in Frankreich. Aber heute treffen wir Entscheidungen für Länder, in denen wir nicht gewählt wurden.“ Danke für die Klarstellung. Ich bin mir nicht sicher, ob das die übrigen 25 Mitglieder auch so sehen.

Frankreich hat sich – wie auch Italien – von der letzten Krise nie wirklich erholt und es ist akademisch zu fragen,

wie ernsthaft Reformen überhaupt angegangen wurden. Tatsache ist, dass man seit Langem die Transferunion anstrebt und nunmehr knapp vor dem Ziel steht. Die lästigen Briten – die immer wieder wirtschaftliche Vernunft eingefordert hatten – haben mittlerweile Konsequenzen gezogen und fallen dadurch leider als Gegengewicht aus. Ob die „Sparsamen Vier“ – oder besser gesagt die „Vernünftigen Vier“ – diesen Milliarden-Wahnsinn stoppen können, erscheint mehr als fraglich. Man wird sie wohl mit ein paar kosmetischen „Zugeständnissen“ – etwa beim EU-Budget -abspeisen. Denn wer könnte sich einer „dringenden und außergewöhnlichen Notwendigkeit für eine dringende und außergewöhnliche Situation“ – so Kommissionspräsidentin von der Leyen, die sich brav an das hält, was ihr Merkel/Macron vorgeben – verschließen? Dass die budgetäre Schieflage dieser Länder – schon vor der Krise – alles andere als außergewöhnlich war, sondern eher der Nor-

malzustand wird elegant ausgeblendet. Ebenso wie die Tatsache, dass etwa Italien, geschweige denn seine Bevölkerung alles andere als arm ist, aber durch das anhaltende Missmanagement populistischer und unfähiger Regierungen, Überbürokratisierung gepaart mit Behördeninkompetenz sowie Korruption und Kriminalität nicht aus seiner wirtschaftlichen Schieflage kommt. Aber um Fakten geht es schon lange nicht mehr, sondern es geht – erraten – um Solidarität, und da sollte man nicht kleinlich sein. 500 Milliarden Euro sollen ohne Bedingungen, ohne Kontrolle der Verwendung blanko überwiesen werden, davon allein 198 Milliarden an den „Club Med“ von nur drei Ländern: Italien, Spanien und Frankreich. Dazu kommen noch 250 Milliarden an Krediten, was weniger populär ist, denn die

sollte man irgendwann zurückszahlen.

Noch während dieses EU-Rechtswidrige Hilfspaket verhandelt wird, hat Frau Christine Lagarde von der Europäischen Zentralbank Anfang Juni angekündigt, das Corona-Ankaufsprogramm für Anleihen von geplanten 750 Milliarden Euro um 600 Milliarden auf 1,35 Millionen Euro aufzustocken – auch das nichts anderes als eine massive Kreditgewährung.

Freilich sollte diesen Ländern im Sinne einer echten Solidarität geholfen werden, aber nicht mit Geldgeschenken, deren Effekt wieder verpuffen wird, sondern mit langfristigen, günstigen Krediten zu vernünftigen Bedingungen, die dann – wie in Griechenland erfolgreich gezeigt – endlich einmal strukturelle Reformen erzwingen.



Prof. Dr. Herbert Kaspar (Am)

war von 2001 bis 2013 Herausgeber und von 2013 bis 2015 Chefredakteur der ACADEMIA.

FRIDAY OHNE FUTURE?

DAS KLIMA DARF KEIN CORONA-OPFER WERDEN

DOMENIC DIRNBACHER

Kaum eine „Bewegung“ hat in jüngerer Vergangenheit so polarisiert wie „Fridays for Future“ (FFF) mit Greta Thunberg. Obwohl die EU-Initiative eines „EU Green Deals“ Form annahm, droht nun durch Corona das Aus. Ist das der Todesstoß für FFF und auch der Abgesang auf die Umkehr der Politik in Sachen Klimabelastung?

Verständlicherweise rücken wegen Corona gegenwärtig einige Themen in den Hintergrund: Plastikberge in den Ozeanen und das Weltklima scheinen vergessen. Befeuert wurde das Thema einst mit Bildern geschmolzener Polarkappen und ausgehungertes Eisbären. Aber man argumentierte auch leicht dagegen: Ein heißer Sommer mache doch noch keinen Klimawandel, richtig?

Da sah eine junge Schwedin anders und hielt mit dem Thema die Welt in Atem: Greta Thunberg eckte an, wurde von PR-Strategen klug „gepusht“ und mauserte sich zur Anführerin der globalen FFF-Bewegung: eine junge wütende, nur lose organisier-

te Gruppe, die die Probleme des Planeten nicht einfach hinnehmen will. Sie stellt sich auf die Füße und organisiert sich – schnell, global, extrem medienaffin und hochaktionistisch. So erobert sich FFF schnell einen Platz unter den ernstzunehmenden Bewegungen.

Einerseits ist es bewundernswert, wenn sich global so schnell so viele Personen für die gemeinsame Sache zusammenschließen – und sich nicht binnen kürzester Zeit wieder verlieren. Protest muss Platz haben – besonders wenn es um die Existenz des eigenen Planeten geht. Andererseits ließen aber auch Spott und Hohn, in den sozialen Medien ebenso wie auf den Stammtischen, nicht lange auf sich warten. Schüler, die freitags die Schule schwänzen? Skandalös! Zur Erinnerung: In Kriegszeiten reichte ein Notabschluss mit 17.

Hier muss man einen umfassenden Diskurs zulassen, darf aber den Fokus auf das Wesentliche nicht verlieren. Deutschlands Altkanzler Helmut Schmidt sagte: „Eine

Demokratie, in der nicht gestritten wird, ist keine!“ Man kann zu Thunberg und der Debatte um mögliche Lösungen zur Vermeidung des Klimakollaps stehen wie man will. Ob man zu ihren Anhängern zählt, zu den Klimaskeptikern oder der Gruppe „Das Klima hat sich immer schon verändert!“ – eine offenen und breit geführte Diskussion gehört auf den Tisch. Eine Zwangspause durch Corona wäre sehr schade.

Schon vor FFF forderte als einer der ersten Thomas L. Friedman 2007 in der New York Times einen sogenannten „Green New Deal“, welcher in den USA auch diskutiert wurde. Ende 2019 stellte dann Ursula von der Leyen als EU-Kommissionspräsidentin den „EU Green Deal“ vor: Der Kontinent soll bis 2050 klimaneutral werden.

Durch Corona und die damit folgende Wirtschaftskrise

droht dem Thema „Green Deal“, aber auch FFF das Aus – und das wäre sehr bequem für deren Gegnerschaft. Die Staaten dieser Erde müssen nun andere Probleme anpacken: Einbruch des Welthandels, Arbeitslosigkeit, Belastung der Sozialsysteme und Ausfall von Steuern. Da kann man leicht argumentieren, dass das Klima warten muss. Denn leider werden Prosperität und Umweltschutz immer noch als Gegensätze gesehen. Ein Denkfehler. In der EU stieg zwischen 1980 und 2018 das Bruttonationaleinkommen um 61 Prozent, die Emissionen sanken um ein Viertel.

Auch jetzt gibt es sicher global gut akkordierte Lösungen, die der Wirtschaft und der Umwelt helfen. Wichtig wäre es, dabei auch der Jugend Gehör zu schenken und ihre Anliegen ernst zu nehmen: Greta und der „Green Deal“ dürfen nicht in Vergessenheit geraten.



Mag. Domenic Dirnbacher (V-B)

ist Referent im Finanzministerium. Zudem ist er als Fachautor und als Trainer im Bereich Erwachsenenbildung tätig.

PAUSE FÜR GRETA UND IHRE JÜNGERINNEN

RENÉ REICH

Only bad news are good news. Frei nach diesem Motto schafft es Greta Thunberg regelmäßig in die Nachrichten. Sätze wie „You have stolen my dreams and my childhood with your empty words“ oder „How dare you“ erhitzen die Gemüter in den sozialen Medien. Für das „Ausleben“ der Versammlung- und Meinungsfreiheit ernten der schwedische Teenager samt Anhang auch viel Hass, der nicht selten ins Geschmacklose abdriftet. Aber feststeht: Dank Greta schafft es der Klimaschutz noch öfter und prominenter in die Medien und auf die Agenden unserer Volksvertreter also in den Jahren davor.

Die Systematik ist bekannt. Schon in den 80er-Jahren mussten Demonstranten die Gefahren des sauren Regens und des damit verbundenen Waldsterbens verdeutlichen. Es folgten hochkontroverse Diskussionen, die entweder das Sterben der Autos, der Industrie oder der Wälder prophezeiten. Schlussendlich wurde das Genfer Luftreinhalteabkommen um die Reduzierung der Schwefel-

emissionen durch das Helsinki-Protokoll erweitert. Heute sind Abgasreinigungen wie durch den Fahrzeugkatalysator eine Selbstverständlichkeit, während Bäume, Autos und Schwerindustrie in Österreich weiterhin existieren. Ein weiteres Beispiel ist das Ozonloch, wogegen ausnahmslos alle 193 UN-Staaten das Montreal-Protokoll ratifizierten, das unter anderem die FCKW-Emissionen senkt.

All diese Abkommen entstanden nach hitzigen Diskussionen im Wege der völkerrechtlichen Einigung. Diese Abkommen sind die juristische Manifestation eines gemeinsamen Ziels aller Nationen. Seit nahezu drei Jahrzehnten nimmt die Staatengemeinschaft den Klimawandel als ernsthafte Bedrohung wahr, auf den UN-Klimakonferenzen beraten die Staaten jährlich über neue Maßnahmen zur Erfüllung der Klimaziele. Natürlich ist dies ein mühsamer und langwieriger Prozess. Aber er stellt sicher, dass alle diesen wichtigen Weg mitgehen, obwohl der CO₂-Aus-

stoß mehrere hochkomplexe Ursachen hat.

2007 vereinbarten die Staaten der EU die 20-20-20-Ziele: 20 Prozent weniger Emissionen, 20 Prozent mehr Energieeffizienz und 20 Prozent Anteil an erneuerbaren Energien bis 2020. Obwohl einige Mitgliedsstaaten, wie Österreich, ihre nationalen Ziele verfehlen, wird die EU als Gemeinschaft die Ziele der erneuerbaren Energie und der Emissionen erreichen. Wo sind die Nachrichten, die das Geschaffte als ersten Schritt feiern?

Grundsätzlich ist politischer Aktivismus durchaus sinnvoll, um unsere Entscheidungsträger an die Einhaltung der Klimaziele zu erinnern. Nur macht der Ton die Musik. Braucht es wirklich einen Teenager, der auf den Konferenzen aggressiv die Staatsträger als unmoralisch, untätig und kindisch beschimpft? Die Verände-

rung unseres Klimas stellt die Menschheit vor eine so fundamentale Herausforderung, dass eine zielgerichtete und hoffnungsvolle Bewegung der Unterstützung essenziell wäre. Stattdessen wird ein grantiges Gesicht voller Anschuldigungen an die früheren Generationen verbreitet. Aus Schuldzuweisungen entsteht nur Trotz. Dies kann nur zum Entsagen des Beistands wichtiger Teile der Bevölkerung führen. Ihre Sätze wie „I want you to panic“ sind keineswegs ein Lösungsansatz. Aus Panik entstehen nur hastige und unüberlegte Handlungen und nicht der politische, wissenschaftliche und industrielle Wille dies gemeinsam zu meistern. Trotz der Covid-19-Pandemie haben viele Staaten erklärt, dass sie an ihren Klimazielen festhalten werden, Insofern würde uns eine mediale Pause von Greta momentan und in Zukunft ganz guttun.



René Reich (GIL)

schließt demnächst den Master in Sustainable Materials des EIT-KIC Raw Materials auf der KU Leuven und der MU Leoben ab.

„ER RIEF SEINE DIENER UND VERTRAUTE IHNEN SEIN VERMÖGEN AN“

Kaum ein geistliches Haus scheint mit den Anfangsworten des Gleichnisses von den anvertrauten Talenten mehr verbunden zu sein als das Stift Klosterneuburg. Die Stiftung des Babenberger Markgrafen Leopold III. ist im Wesentlichen heute noch die Grundlage für den Wohlstand der Region. Wie gehen die Augustiner-Chorherren um mit diesem Gut? Über diese und ganz weltliche Fragen sprach ACADEMIA mit dem Chorherren Mag. Anton Höslinger CanReg (WI, Baj).



© Stift Klosterneuburg, Michael Zechany

Herr Anton, du trägst gemeinsam mit dem Kämmerer und dem Wirtschaftsdirektor für alle wirtschaftlichen Tätigkeiten des Stiftes Verantwortung. In welchen Bereichen betreibt das Stift denn Unternehmungen?

Ein ganz maßgeblicher Teil unseres Vermögens ist in Immobilien gebunden. Pacht-

und Mieteinnahmen machen den Großteil unserer Einkünfte aus. Ein uns besonders wichtiger Bereich ist der Wein- und Obstbau. Hier konnten wir aufgrund der notwendigen Investitionen früher nicht immer positiv bilanzieren. In den letzten Jahren ist es uns gelungen, das in den schwarzen Bereich bringen. Das ist für uns ein schöner Erfolg und

zeigt, dass sich langfristiges Wirtschaften lohnt. Wir sind ja das älteste Weingut Österreichs. Hinzu kommen der Forst und unsere Landwirtschaft. Die Produkte aus der Landwirtschaft, die wir übrigens als Bio-Betrieb führen, kommen auf den Markt.

In welcher Weise unterscheidet sich das Wirtschaften des Stiftes

Klosterneuburg von anderen gewinngerichteten Unternehmungen?

Neben dem schon Erwähnten ist da sicherlich der Faktor Zeit: Wir können in Generationen denken. Der Horizont unseres wirtschaftlichen Handelns geht nicht nur bis zur nächsten Aktionärsversammlung. Unsere Reinvestitionsrate ist daher



© Stift Klosterneuburg

HH Mag. Anton Höslinger CanReg (WI, Baj)

Geboren und aufgewachsen in Klosterneuburg, trat nach Matura und Präsenzdienst ins Stift Klosterneuburg ein. Nach dem Studium der katholischen Fachtheologie in Wien und Oxford (St. Benet's) und dem Diakonatsjahr wurde er 1998 zum Priester geweiht. Seither wirkte er sowohl in der Seelsorge (Stiftspfarr, Pfarre Donauefeld), als auch in Hausämtern (Novizenmeister, Kapitelsekretär). Beinahe 20 Jahre ist Herr Anton nun schon Generalsekretär der Österreichischen Augustiner-Chorherren-Kongregation. Seit 2016 verantwortet er als Assistent des Kämmers das tägliche Geschäft der Wirtschaftsbetriebe.

auch besonders hoch. Der wesentlichste Unterschied ist aber, dass unser erstes Ziel eben nicht die Gewinnorientierung ist, da muss ich deine Fragestellung doch korrigieren. Denn wir bekennen uns deutlich zu unseren „Kostenstellen“: Wir haben wirtschaftliche Betriebe, die uns Geld kosten, zum Beispiel der gesamte Bereich Kultur, also Erhalt und Zugänglichkeit der Kulturgüter, aber auch Ankauf und Aufträge für Gegenwartskunst, sowie der uns besonders wichtige Bereich der Kultur-

vermittlung. Hier haben wir einen Auftrag, der in der Stiftung des heiligen Leopold begründet liegt. Das nehmen wir sehr ernst.

In den Orden der Kirche gibt es eine gehörige Bandbreite. Gehorsam und Keuschheit sieht man nicht auf den ersten Blick. Armut hingegen schon. Haben die Augustiner-Chorherren von Klosterneuburg ein Luxusproblem?

Zuallererst sollte man die „alten Orden“ nicht mit den

Reform-Orden verwechseln. Auch darin liegt die Bandbreite, von der du sprichst. Jeder Orden hat sein Ordenscharisma, sein besonderes Profil. Wir wurden eben nicht dazu gegründet, in den Großstädten des Hochmittelalters Armenfürsorge zu betreiben. Das ist zweifellos sehr wichtig. Aber unser Ordensprofil ist eben Seelsorge und soziales Engagement und das alles auf Grundlage soliden Wirtschaftens. Die Erfüllung des Armut-Gelübdes bedeutet für mich daher: Was tue ich mit den Mitteln? Bleiben sie Mittel, oder werden sie zum Zweck an sich? Letzteres geht natürlich gar nicht.

Aber heißt es nicht im ersten Timotheusbrief „Geld ist die Wurzel alles Bösen“?

Die Liebe zum Geld ist die Wurzel alles Bösen, steht dort, glaube ich. Und die ist natürlich problematisch.

Also geht es darum, ein guter Verwalter zu sein?

Genau. Gefragt ist nicht, nichts zu haben, sondern antworten zu können, was man damit getan hat. Deshalb haben wir uns schon vor einigen Jahren dazu entschieden, wenigstens zehn Prozent unseres jährlichen Ertrages Sozialprojekten zu Verfügung zu stellen. Soweit mal nur unsere Wirtschaftsbetriebe. Die Pfarren des Stifts und die Mitbrüder wirken karitativ natürlich weit darüber hinaus. Ich hoffe auch, dass unsere großen Projekte in Rumänien und Lateiname-

rika hierzu ein Beitrag sind. Dabei rücken wir die Kinder in den Fokus. Sie sind die Zukunft der Welt. Die Form unserer Hilfe soll nachhaltig sein. Daher investieren wir neben Unterkunft besonders in den Bereich Bildung.

Das Stift ist im Großraum Wien zweifellos ein Big Player im Immobilienbereich. Wie wird mit abgelaufenen Pacht- und Mietverträgen in Zeiten der Krise umgegangen?

Sehr viele Verbindlichkeiten wurden in der jetzigen Corona-Krise gestundet. Heute gibt es natürlich noch keine Entscheidung, was und wieviel erlassen werden kann. Die Stundung ist als Hilfe jedenfalls angekommen und wird sehr geschätzt.

Zunehmender Beliebtheit erfreut sich das Institut Baurecht, gleichsam als Eigentum auf Zeit. Der Vorteil für einen Grundgeber, der es sich leisten kann, in Generationen zu denken, ist evident. Gibt es Situationen, in welchen ihr vom Eingehen einer solchen Vereinbarung dezidiert abraten würdet?

Die Frage stellt sich im konkreten Einzelfall, da gibt es keine generelle Formel. Natürlich schaut man sich den zukünftigen Vertragspartner an. Wir haben ja schon im eigenen Interesse die Hoffnung auf langfristige Partnerschaft. Die Allermeisten sind aber keine Einzelpersonen, sondern Immobilienentwickler. Die wissen schon, was für sie attraktiv ist. Die



Weniger bekannt als die barocke Fassade: Der Leopoldihof im alten Teil des Stiftes.

meisten Verträge werden auf 100 Jahre geschlossen. Kein Mensch macht das aus einer Laune heraus.

Das Wort von der Krise als Chance kann man heute kaum mehr ohne Zähneknirschen gebrauchen. Gab es positive Impulse? Oder bleibt eine Seuche einfach mal eine Seuche?

Zweiteres auf jeden Fall. Aber es gab auch Positives: Der Zusammenhalt der im Haus Lebenden wurde sicherlich gestärkt. Alt und Jung waren sehr solidarisch. Die Alten und Kranken als doch große Risikogruppe bei uns im Haus erfuhren viel Rücksichtnahme. Aber nicht durch Isolation, wie das sonst, wie man hört, vorgekommen ist. Niemand ist vereinsamt. Es waren zwar keine Gäste mehr im Haus, dafür gab es mehr Austausch untereinander. Zum Glück ist bei uns niemand an Covid-19 erkrankt. Die Mitbrüder in den Pfarren blieben dort. Das

war eine bewusste Entscheidung, denn die Pfarrseelsorge muss ja weiter gemacht werden, wenn auch auf andere Weise. Das war für viele ganz sicher ein großer Verzicht, von der Gemeinschaft auf Zeit gleichsam abgeschnitten zu sein.

In einem Priesterorden wie den Augustiner-Chorherren ist die Seelsorge von besonderer Bedeutung. Wie hat sich diese durch Corona verändert?

Das war tatsächlich eine Herausforderung: Gottesdienste, Seniorenrunden, Familienrunden, Bibelkreise, Jugendgruppen – alles, was eine lebendige Pfarre ausmacht, war plötzlich weg. Es lag an den Seelsorgern, Kontakt über Telefon und Internet zu halten. Zwei konkrete Dinge haben sich bei uns etabliert: Livestreams der Gottesdienste und Kurzfilme, die jede Woche eine religiöse Betrachtung eines Kunstwerks unseres Hauses unternehmen. Über die Kritik an „Geister-

messen“ habe ich mich nicht gefreut. In der Krise muss spontan und ohne Rückgriff auf Erfahrungen gehandelt werden. So manche Kritik, insbesondere die einiger we-

niger Liturgiewissenschaftler, fand ich unangebracht. Es musste gehandelt werden. Nichtstun wäre als Alternative keinesfalls zielführend gewesen.

**AV Astoria Druck
(1/4 87 x 116)**



Ist es fanatischer Pietismus, wenn man den kirchenrechtlich verbrieften Anspruch der Gläubigen auf den Zugang zu den Sakramenten geltend macht? Sticht der wohl begründete ärztliche Rat alle anderen Argumente?

Wenn ich durch das Zusammenkommen, etwa bei der Liturgie, die Gesundheit der Menschen gefährde, angesichts der Risikogruppen in den Pfarren wirklich ihr Leben aufs Spiel setze, dann ist doch völlig klar, dass ich nur durch Abstand helfe. Gleichzeitig muss man dann neue Formen finden, Nähe auf andere Art herzustellen. Am Ende sind das natürlich schmerzliche Einschnitte, so innovativ können wir gar nicht sein. Praktisch ist das aber alternativlos. Zwei geistliche Aspekte dazu: Der Verzicht aus gutem Grund kann, denke ich, auch eine spirituelle Übung sein. Und in der Liturgie geht es nicht nur um

meine persönlichen Bedürfnisse, sondern um das Wohl des ganzen Volkes Gottes. Da steckt ja schon im Begriff Liturgie: Dienst des Volkes – Dienst am Volk.

Du hast gesagt, dass Du an der Allmacht und Güte Gottes nicht zweifelst, angesichts der Pandemie. Vielen Menschen aber fragen: Was will Gott damit? Wie lebst Du konkret mit dieser Frage? Was hilft Dir dabei?

Vorweg: Die Frage nach dem Warum des Leids bleibt auch nach unserem Gespräch offen. Wir müssen die Nichtbeantwortbarkeit akzeptieren, trotzdem einen praktischen Weg finden, unser Leben zu leben. Wie ertrage ich das? In meinem Glauben habe ich das feste Bewusstsein, das Gott uns Leid nicht „schickt“, um uns zu bestrafen. Aus dem Glauben an ihn, an seine Güte und Allmacht, kommt eben die Kraft, das durchzustehen. Das Evangelium zeigt

mir: Ich bin im Leid getragen. Lebensgrundlage ist für mich auch in diesen Situationen die Bibel. Durch sie kann ich auf Erfahrungen von Krisen gleichsam zurückblicken, sie durchstehen und bewältigen. Wir beten täglich mehrmals zu fixen Zeiten das Brevier. Das Stundengebet besteht maßgeblich aus den Psalmen. In ihnen werden menschliche Grunderfahrungen reflektiert.

Hat Religiosität in der Krise Konjunktur?

Was mir aufgefallen ist: Dem Thema Religion ist in den Medien große Aufmerksamkeit geschenkt worden. Auch in den Formen der Liturgie gab es eine sehr gute Zusammenarbeit, etwa bei Live-Übertragungen. Inwieweit

die Religiosität in der Gesellschaft betroffen ist, sich die Relevanz religiöser Fragestellungen für die Menschen verändert, kann ich hier und heute nicht beantworten.

Was ist Dir im Lockdown am meisten abgegangen? Gab es positive Aspekte?

Natürlich die Sozialkontakte: Freunde, Familie nicht sehen zu können. Andererseits hat der Wegfall der vielen, vielen Abendtermine eine gewisse Ruhe gebracht. Plötzlich war wieder Zeit zum Lesen. Und so habe ich auch noch gelernt, mit Videokonferenzen technisch umzugehen, auch wenn sie für mich kein adäquater Ersatz für persönliche Treffen sind. Weder im privaten noch im geschäftlichen Bereich.



Mag. Lucas Semmelmeier (Rt-D)

ist Theologe und Religionspädagoge. Diplomarbeit zur Religionschrift Immanuel Kants. Er lebt und lehrt in und um Wien.

MUSS DIE EZB DEN GELDHAHN ZUDREHEN?

Zum ersten Mal in der Geschichte hat ein Verfassungsgericht das Vorgehen von EU-Organen als Kompetenzüberschreitung eingestuft. Das Urteil ist vor allem eine Kritik an EuGH und EZB. Und dürfte weitreichende Folgen haben. Für Staaten, Banken, Sparer, Mieter oder Vermieter.

GOTTFRIED FORSTHUBER



Spektakulärer hätte der Abschied von Gerichtspräsident Andreas Voßkuhle kaum ausfallen können (er ging nur einen Tag nach Urteilsverkündung vom 5. Mai 2020 in Pension). Das deutsche Bundesverfassungsgericht (BVerfG) stellt fest, dass Handlungen und Entscheidungen europäischer Organe offensichtlich nicht von der europäischen Kompetenz-

ordnung gedeckt seien, und dadurch auch in Deutschland keine Wirksamkeit entfalten.

ANLEIHENKÄUFE ILLEGAL?

Im Anlassfall geht es um die Frage, ob die Anleihenkäufe der EZB von deren Mandat noch gedeckt sind. Vereinfacht: Ist erlaubt, was die EZB seit über fünf Jahren macht? Maroden Staaten und Unter-

nehmen günstige Kredite zu verschaffen, indem massiv in den Finanzmarkt eingegriffen wird? Schließlich haben

die Anleihenkäufe der EZB Auswirkungen auf alle Sparer, Mieter, Eigentümer von Wohnungen / Immobilien,

*„Ist es erlaubt,
was die EZB
seit über fünf Jahren macht?“*

Banken oder Versicherungen und deren Kunden. Das Urteil ist keine leichte Kost und wird, wenngleich von Kennern der Materie eigentlich erwartet, noch für politisches Köpferäuchen sorgen und ist schon jetzt als historisch zu bezeichnen.

Das „Public Sector Purchase Programme“ (PSPP) der EZB ist Teil des „Expanded Asset Purchase Programme“ (EAPP), eines Rahmenprogramms des Eurosystems zum Ankauf von Vermögenswerten. Das EAPP zielt auf eine Ausweitung der Geldmenge ab; hierdurch sollen Konsum und Investitionen gefördert und die Inflationsrate in der Eurozone auf knapp unter zwei Prozent erhöht werden. Mit dem PSPP werden – gemäß von der EZB festgelegten Rahmenbedingungen – Staatsanleihen und ähnliche marktfähige Schuldtitel erworben. Mit Stichtag 8. November 2019 hatte das Eurosystem im Rahmen des EAPP Wertpapiere im Gesamtwert von 2.557.000 Millionen Euro (etwa 2,5 Billionen Euro!) erworben, wovon fast 2,1 Billionen Euro auf das PSPP entfielen.

DIE BESCHWERDE

Die Beschwerdeführer machen geltend, dass das PSPP gegen das Verbot monetärer Staatsfinanzierung (Art. 123 AEUV) und das Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung (Art. 5 Abs. 1 EUV; Art. 119, 127 ff. AEUV) verstoße, weil die EZB für dieses Programm über keinen Auftrag (Mandat) verfüge. Die EZB



betreibe keine Währungs- politik, sondern Wirtschafts- politik. Wirtschaftspolitik ist aber den Mitgliedstaaten vorbehalten.

Das Bundesverfassungsgericht gibt mit seiner Entscheidung diesen Beschwerden im Wesentlichen statt; obwohl – und das ist der „Knaller“ an dieser Entscheidung – der EuGH entschieden hat, dass die genannten Maßnahmen der EZB europarechtskonform seien. Das deutsche Verfassungsgericht stellt sich damit offen gegen die Entscheidung des EuGH. Jenem Gericht also, das „über“ ihm steht. Somit hat zum ersten Mal in der Geschichte der Europäischen Union ein nationalstaatliches Gericht entschieden, dass der EuGH (europa)rechtswidrig gehandelt hat. Das deutsche Urteil stellt auf die „ultra vires“-Lehre ab, die besagt, dass Organe juristischer Personen (etwa Geschäftsführer einer GmbH, oder das Leitungsgremium der EZB, der Richterschatz des EuGH) diese nur dann gültig verpflichten können, wenn

sie statutengemäß und nicht „ultra vires“ (jenseits ihrer Kompetenzen) handeln.

Die Entscheidung selbst schränkt die Handlungsfähigkeit der EZB nicht ein. Sie sagt im Wesentlichen aus, dass die EZB jeweils eine Verhältnismäßigkeitsprüfung vornehmen und diese auch dokumentieren muss. Einen Verstoß gegen die „monetäre Haushaltsfinanzierung“ (der zweite Beschwerdepunkt) hat das Gericht nicht festgestellt. Es komme jeweils auf die konkrete Gestaltung der Maßnahmen an.

DIE GEFAHR

Die Antwort aus Brüssel: Beißreflexe und die Drohung eines Vertragsverletzungsverfahrens gegen Deutschland. Man müsse sich „uneingeschränkt solidarisch“ mit den EU-Organen zeigen. Durch diese dumpfe Parole wird jedoch Wesentliches übersehen.

Die Herausforderungen und Gefahren dieser Entschei-

dung liegen auf der Hand: Wenn jeder Mitgliedstaat ohne weiteres für sich in Anspruch nähme, durch eigene Gerichte über die Gültigkeit von Rechtsakten der Union zu entscheiden, könnte der Anwendungsvorrang europäischer Rechtsakte praktisch unterlaufen werden, und die einheitliche Anwendung des Unionsrechts wäre gefährdet.

Würden aber andererseits die Mitgliedstaaten als „Herren der Verträge“ vollständig auf die ultra-vires-Kontrolle verzichten, müssten sie selbst solche Entscheidungen und Handlungen von Unionsorganen akzeptieren, die offensichtlich auf eine Änderung der Europäischen Verträge oder eine klare Kompetenzerweiterung europäischer Organe hinauslaufen.

Daraus ergibt sich unvermeidlich eine Spannungslage zwischen Mitgliedstaat und europäischen Organen. Denn die Mitgliedstaaten bleiben auch nach Inkrafttreten des



© Андрей Яланский – stock.adobe.com

zu deutlich günstigeren Konditionen Krediten beschaffen können. Das PSPP wirkt sich auch deutlich auf den Bankensektor aus, indem es risikobehaftete Staatsanleihen im großen Stil in die Bilanzen des Eurosystems übernimmt, dadurch die wirtschaftliche Situation der Banken verbessert und ihre Bonität erhöht.

Das aber hat erhebliche Auswirkungen auf nahezu alle Bürgerinnen und Bürger, die als Aktionäre, als Mieter, als Eigentümer von Immobilien, als Sparer oder als Versicherungsnehmer am Wirtschaftsleben teilnehmen. So

„Das hat erhebliche wirtschaftliche Auswirkungen auf nahezu alle Bürgerinnen und Bürger.“

Vertrags von Lissabon „Herren der Verträge“. Bekanntlich wurde die Schwelle zum „Europäischen Bundesstaat“ noch nicht überschritten.¹ Die EU ist nach wie vor „nur“ ein Staaten-, Verfassungs-, Verwaltungs- und Rechtsprechungsverbund.²

DER KERN DES VORWURFS

Der Ansatz des EuGH, bei der Überprüfung einer Maßnahme eines europäischen Organes deren tatsächlichen Folgen außer Acht zu lassen und auf eine wertende Gesamtbetrachtung zu verzichten, ist methodisch nicht mehr vertretbar und verfehlt die Anforderung an eine nachvollziehbare Überprüfung der Einhaltung des währungspolitischen Mandats der EZB.³

Indem der EuGH hier seiner Kontrollfunktion nicht nachkommt, handelt er ultra vires. Daher vertritt das BVerfG die

Auffassung, nicht an die Entscheidung des EuGH gebunden zu sein. Es musste daher eigenständig überprüfen, ob die EZB noch innerhalb ihrer Kompetenzen gehandelt hat. Das ist offensichtlich nicht der Fall, weil die EZB Überlegungen zur Verhältnismäßigkeit nicht angestellt hat. Die angefochtenen Beschlüsse beschränken sich auf die Feststellung, dass das angestrebte Ziel einer Zwei-Prozent-Inflation im Euroraum nicht erreicht sei und weniger belastende Mittel nicht zu Verfügung stünden. Sie enthalten keine Prognose über die Auswirkungen dieser wirtschaftspolitischen(!) Maßnahmen, oder dazu, ob diese Maßnahmen in einem angemessenen Verhältnis zum angestrebten Ziel der währungspolitischen Vorteile stehen. Es ist nicht ersichtlich, dass die EZB die mit ihrem PSPP-Programm verfolgten Ziele (und die Folgen, die dieses Programm auf-

grund seines Volumens von über 2 Billionen Euro und einer Laufzeit von mittlerweile 5 Jahren nach sich zieht) in irgendeiner Form erfasst, dokumentiert und füreinander

abgewogen hätte. Die negativen Auswirkungen des PSPP nehmen bei Fortdauer des Programmes zu, sodass sich mit der Dauer der Maßnahme auch die Anforderungen an eine solche Abwägung erhöhen.

FOLGEN FÜR UNS ALLE

Das PSPP verbessert nicht nur die Refinanzierungsbedingungen der Mitgliedstaaten erheblich, weil sich diese

ergeben sich für Sparer deutliche Verlustrisiken, wohingegen die Preise für Immobilien überproportional steigen. Wirtschaftlich an sich nicht mehr lebensfähige Unternehmen bleiben aufgrund des auch durch das PSPP abgesenkten allgemeinen Zinsniveaus weiterhin am Markt. Schließlich begibt sich das Eurosystem mit zunehmender Laufzeit des Programms und steigendem Gesamtvolumen in eine erhöhte Ab-

1 vgl. BVerfGE 123, 267 <370 f.>

2 BVerfGE 140, 317 <338 Rn. 44

3 **Für Juristen:** Bei dieser Handhabung kann der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit (Art. 5 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 4 EUV) die ihm zukommende Korrektivfunktion zum Schutz mitgliedstaatlicher Zuständigkeiten nicht erfüllen, was das Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung (Art. 5 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 EUV) im Grunde leerlaufen lässt.

hängigkeit von der Politik der Mitgliedstaaten, weil es das PSPP immer weniger ohne Gefährdung der Stabilität der Währungsunion beenden und rückabwickeln kann.

Diese und andere erhebliche wirtschaftspolitische Auswirkungen hätte die EZB gewichten, mit den prognostizierten Vorteilen für die Erreichung des – von ihr definierten – währungspolitischen Ziels in Beziehung setzen und nach Verhältnismäßigkeitsgesichtspunkten abwägen müssen. Eine solche Abwägung ist (soweit ersichtlich) weder zu Beginn des Programms noch zu einem späteren Zeitpunkt erfolgt. Ohne die Dokumentation, dass und wie diese

Abwägung stattgefunden hat, lässt sich die rechtliche Einhaltung des Mandats der EZB gerichtlich nicht effektiv kontrollieren.

Soweit der EuGH aber einen Verstoß gegen das Verbot der monetären Staatsfinanzierung verneint, fühlt sich das deutsche Bundesverfassungsgericht daran gebunden, da zumindest bei einer erhöhten Dokumentation die reale Chance besteht, dass die EZB richtig handelt. Was diesen Beschwerdepunkt betrifft, wollte das deutsche Höchstgericht also noch nicht soweit gehen, einen Verstoß als erwiesen anzusehen. Er hat jedoch EuGH und EZB die Rute ins Fenster gestellt.

WAS DARAUS FOLGT

1. Rechtsakte von EU-Organen müssen nicht befolgt werden, wenn sie dem europäischen Recht widersprechen.
2. Es ist nicht Aufgabe der EZB, Wirtschaftspolitik zu betreiben. Darum müssen sich die Mitgliedstaaten der EU (gemeinsam) kümmern.
3. Die Mitgliedstaaten sind noch immer „Herren der Verträge“, die EU ist ein Staatenbund und kein Bundesstaat.

DAS VOLLSTÄNDIGE URTEIL:

Urteil des BVerG vom 05. Mai 2020, 2 BvR 859/15, 2 BvR 980/16, 2 BvR 2006/15, 2 BvR 1651/15
https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2020/05/rs20200505_2bvr085915.html



Mag. Gottfried Forsthuber (V-B)

ist Rechtsanwalt bei Forsthuber & Partner, Insolvenzverwalter und Gemeinderat in Baden bei Wien.
 Infos: forsthuber.at

Marsch fürs Leben

17. Oktober 2020

In Österreich sterben jährlich mehr als 35 000 Kinder durch Abtreibung. Wenn auch Sie ein klares Zeichen für das Lebensrecht aller Menschen setzen wollen, kommen Sie am 17.10. zum Marsch fürs Leben!

Samstag 17. Oktober 2020
Treffpunkt 13:00 Karlsplatz, Wien

Vor Beginn des Marschs feiern wir um 12 Uhr in der Karlskirche die Hl. Messe für das ungeborene Leben.

IBAN: AT51 1919 0000 0027 9331 BIC: BSSWATWW – Danke!

Golfmeisterschaften 2020

Freitag, 18. September — Sonntag, 20. September

Für Aktive ist die Teilnahme gratis
 Nähere Infos unter www.gcoecv.at

75 JAHRE „DER WEG ZUR KNECHTSCHAFT“

Die Befassung mit der Volkswirtschaftslehre und ihrer Geschichte ist wohlfahrtssteigernd, stellte der Grazer Professor Heinz D. Kurz unlängst fest. Er geht damit Hand in Hand mit dem österreichischen Ökonomen Joseph A. Schumpeter, demzufolge nur das Studium der Wirtschafts- und Theoriegeschichte die Gewähr biete, dass man nicht blindlings irgendwelchen Ideologien zum Opfer fällt.

GERHARD JANDL



Friedrich August Hayek mit dem Wirtschaftsnobelpreis, 1974

Grund genug, eines der „bedeutendsten Bücher des 20. Jahrhunderts“ (New York Times) anzusprechen, das heuer den 75. Jahrestag seiner Veröffentlichung erlebt, was aber hierzulande – in der Heimat seines Autors – kaum wahrgenommen wird. Dass der Prophet im eigenen Land nichts gilt, trifft frappant auf Friedrich August Hayek zu, den einzigen Wirtschafts-nobel-

preisträger, den die Alpenrepublik hervorbrachte. Dass gerade im Ursprungsland der Österreichischen Schule der Nationalökonomie eine weitverbreitete Abneigung besteht, sich mit volkswirtschaftlichen Erkenntnissen zu befassen, ist verblüffend – gerade wo das angesichts der entstehenden riesigen Wirtschaftskrise im Gefolge der Corona-Maßnahmen umso wichtiger wäre. Vielleicht liegt es daran, dass viele das „verdrießliche Geschäft des Nachdenkens“ (wie es Immanuel Kant vor fast 250 Jahren formulierte) noch immer (oder schon wieder?) gerne anderen überlassen. Die Sorge um die persönliche Freiheit verband Kant und Hayek, werde diese nun aus „Bequemlichkeit“ an selbsternannte „Vormünder“ (Kant) abgegeben, oder von „Sozialisten“ abgeschafft, die unter vermeintlichem Abstellen auf das Gemein-

wohl in einen Totalitarismus führen (Hayek).

DER WEG IN DIE DESPOTIE

Grundgedanke des 1945 auf Deutsch erschienenen „Wegs zur Knechtschaft“ ist die Warnung, dass der Versuch, das Gemeininteresse für eine ganze Gesellschaft zu verwirklichen, zwangsläufig in die Diktatur führt. Denn das „Glück von Millionen“ kann nicht nach einer individuellen Wertskala bemessen werden. Es muss ein Plan erstellt werden, der nicht von Vorlieben und Interessen der Einzelnen abhängt, sondern zentral gesteuert wird. So ein Plan kann nicht demokratisch erzeugt werden, unter Rücksichtnahme auf abertausende persönliche Einstellungen. Er muss mit Autorität und Hierarchie wie beim Militär gemacht werden und geht wie beim Militär mit Freiheitsbeschränkungen

einher. Von oben wird entschieden, welche Bedürfnisse wichtig sind und welche nicht. Die bewusste Lenkung des Wirtschaftslebens erfordert also den Verzicht auf persönliche Freiheit zugunsten des für die Allgemeinheit geplanten Ziels.

Aber dient das nicht letztlich der Wohlfahrt der ganzen Gesellschaft?, fragen sich viele Menschen damals wie heute. Nein, antwortet Hayek, auch wenn der Interventionismus der „Sozialisten in allen Parteien“ vielleicht gut gemeint ist. Denn die Menschen als individuelle Wesen lassen sich realistischerweise auch unter Aufbietung vernünftiger Überlegungen demokratisch nicht dorthin leiten, sondern nur mit Zwang und Druck und Drohung. Auch wird die Prioritätenliste des Plans nicht nach objektiven Kriterien zustande kommen, sondern

nach den Vorstellungen derer, die ihn entwerfen, also nach den Interessen der Entscheidungsträger und ihrer Berater. Und damit die Menschen nicht aufbegehren und Kritik unterbleibt, werden Propaganda und „vollständige Kontrolle über die Informationsquellen“ eingesetzt.

DER MENSCH IM MITTELPUNKT

Demgegenüber stellt Hayek – wie die Österreichische Schule generell – das Individuum in den Mittelpunkt. Wirtschaftliches Handeln ist nichts anderes als die Realisierung der konkreten Wünsche, Vorlieben und Hoffnungen durch den einzelnen Menschen, dem „Alpha und Omega“ jeglicher Wirtschaft, so der Gründer der Schule, Carl Menger. Der gedachte Ort des Zusammenkommens der unzähligen individuellen Entscheidungen ist der „Markt“, und die für die

Marktteilnehmer notwendigen Entscheidungshilfen sind die Preise, weil sie, so Hayek, alle relevanten Informationen in kompakter, quasi kondensierter Form enthalten, auch wenn niemand das gewollt herbeigeführt hat und sich niemand dessen aktiv bewusst ist. Es sei daher bedenklich, wenn der Staat durch Eingriffe die Marktsignale – die Preise – verzerre, denn dann verleite er die Menschen zu Fehlentscheidungen.

Damit der Markt diesen Anforderungen gerecht wird, müsste, wie die Ökonomen sagen, „vollkommene Konkurrenz“ oder wie die Österreicher formulieren, vollwirksame Konkurrenz herrschen: keine Monopole, keine Preisdiktate, keine Schranken für Marktein- und -austritt, keine Informationsvorsprünge. Hier setzen die ordnungspolitischen Forderungen der Österreichischen Schule an:

Aufgabe des Staates sei es, durch Rahmenbedingungen und Gesetzgebung Monopole und Kartelle zu verhindern, die Übermacht einzelner zu unterbinden und so die gleichberechtigte Marktteilnahme der Akteure zu gewährleisten, so gut es real eben möglich ist.

HASSOBJEKT UND GALLIONSFIGUR

Skepsis gegenüber (zu vielen) staatlichen Eingriffen in das Wirtschaftsleben zieht sich durch das Lebenswerk Hayeks. Sehr deutlich wurde das in seiner Konjunkturtheorie, in der er die durch die Politik „künstlich“ niedrig gehaltene Zinsen nicht als Weg zum Wirtschaftsaufschwung, sondern als Ursache von Fehlallokationen, irregeleiteten Investitionen, falscher Subventionspolitik, zusätzlicher Inflation und schließlich von weit tieferen Wirtschaftskrisen sah, als sie ohne staatliches Zutun zustande gekommen wären. Solche Ansichten waren zur Zeit ihrer Veröffentlichung, der Wirtschaftskrise der 1930er Jahre, verständlicherweise unpopulär. Überdies wurde seine Unterscheidung von „natürlichen“ und „künstlichen“ Zinssätzen und deren vermuteter Auswirkung auf das Wirtschaftsleben durch andere Ökonomen geradezu „zerzaust“ (H. Kurz). Hayeks Ratschlag des Aussitzens der Krise, seine Kritik an seinem Rivalen John Maynard Keynes und seine Warnungen vor einer expansiven staatlichen Be-



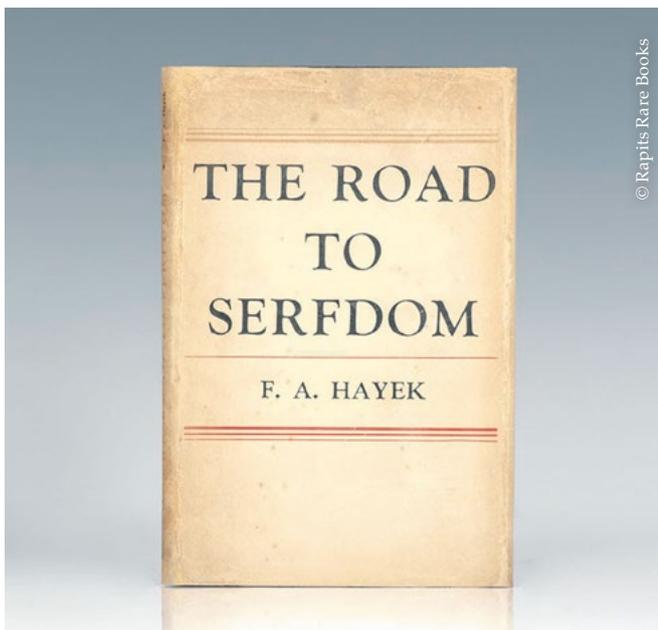
Hayek als Dozent an der Wiener Uni, 1930

schäftigungspolitik machten ihn zur „meistgeliebten Hassfigur der Linken“, aber auch zur Gallionsfigur mancher Rechter, die „seinem intellektuellen Niveau und seiner moralischen Integrität“ nicht entsprachen (S. Böhm).

In den Rezessionen in Japan oder den USA in den 1980ern und 1990ern und der Finanzkrise ab 2008 erkennen manche eine späte Rehabilitation der Hayek'schen Konjunkturtheorie. Außerdem haben seine Arbeiten zum Zins- und Preismechanismus und zu den Preisen als unentbehrliche Kommunikationssignale großen Einfluss auf die Entwicklung der Wirtschaftswissenschaften genommen.

KEIN LAISSEZ-FAIRE

So hatte übrigens Eugen von Böhm-Bawerk (den viele noch vom Hundert-Schilling-Schein kennen) schon seinerzeit argumentiert, dass ein hohes Lohnniveau gepaart mit niedrigen Zinsen zu höherer Arbeitslosigkeit führe: Aufgrund der billigen Kredite würden kapitalintensive Produktionsmethoden ver-



Englische Originalversion, 1944

stärkt eingesetzt, arbeitskräftintensive Methoden hingegen wegen der relativ hohen Löhne ausgemustert. Ähnliche Warnungen vor niedrig gehaltenen Zinsen – im Glauben, dadurch die Wirtschaft ankurbeln zu können – hat der vielleicht letzte Wiener Professor aus der Österreichischen Schule, Erich Streißler, wiederholt geäußert.

Die Darlegung, wie ein Eingriff der öffentlichen Hand auf dem einem Gebiet zu einer Kette von Problemen auf anderen Gebieten führt, war oft ein Thema der Österreichischen Schule. Böhm-Bawerk nannte es „kurzsichtig“, zu glauben, dass nach einer eingetretenen Verschiebung der

Wirtschaftszug unverändert in die gleiche Richtung führe.

VERFÜHRUNG ZUR UNSELBSTÄNDIGKEIT

Das Eintreten der „Österreicher“ für die Zurückhaltung der öffentlichen Hand ist – anders als ihnen oft unterstellt wird – kein Eintreten für das laissez-faire-Prinzip, sie befürworten ausdrücklich Arbeitszeitregelungen, Sozialgesetze, Mindestlöhne, Gesundheits- und Umweltschutzvorschriften. Der

Staat solle aber keine Anreize setzen, die zu Fehlallokationen von Ressourcen führen. Wie Streißler, plastisch Carl Menger paraphrasierend, sagt: „Manche Fördermaßnahmen verführen zur Unselbständigkeit und deformieren die Wirtschaftstreibenden zu Subventions-Tigern, die nur um die Füllhörner der staatlichen Mittelvergabe herum-schleichen“. Schon Schumpeter hatte in seiner geradezu prophetischen Schrift über den „Marsch in den Sozialis-

mus“ (in dem er übrigens die Katholische Soziallehre als Gegenentwurf zu einer totalitären Gesellschaft würdigt) gewarnt, öffentliche Subventionen vergrößerten die Kontrolle des Staates über das Leben der Bürger.

Hayek klagte im „Weg zur Knechtschaft“ über die „Ökonomophobie“, also den Unwillen, auf volkswirtschaftliche Argumente zu hören. Dass es heute kaum anders ist als vor 75 Jahren, ist wenig tröstlich.



Academia-Herausgeber Dr. Gerhard Jandl (Kb, Ae, RSA)

hat während seines Volkswirtschaftsstudiums über die Österreichische Schule der Nationalökonomie gearbeitet, war Vortragender des Hayek-Instituts (unter Präs. Heinrich Treichl) und publiziert gelegentlich zu diesem Thema. Der Autor dankt Prof. H. Kurz für die Anmerkungen.

DIE SCHÖNE HELENA, EIN FELDHERR UND DIE Academia

Brigadier Dr. Wolfgang Peischel, Chefredakteur der 1808 gegründeten und international renommierten „Österreichischen Militärischen Zeitschrift“ (ÖMZ), hat uns dankenswerterweise auf die – militärhistorischen! – Ursprünge des Wortes „Academia“ hingewiesen.

Die berühmte Entführung der Schönen Helena nach Troja war nicht ihre erste. Schon als Zwölfjährige war sie vom Athener König Theseus aus ihrem heimatlichen Sparta verschleppt und, weil sie noch nicht im heiratsfähigen Alter war, versteckt worden. Helenas Brüder Kastor und Pollux drohten daraufhin, Athen zu zerstören, sollte Helena nicht freigegeben werden. Um die Forderung zu unterstreichen, verwüs-

teten sie mit ihren Truppen schon einmal das Umland. Der athenische Feldherr Akademos war sich der militärischen Übermacht der Spartaner bewusst. Und so verriet er Helenas Versteck an Kastor und Pollux, die ihre Schwester befreiten und Athen verschonten. Zum Dank für diese Rettung vor der Vernichtung haben ihm die Bürger einen Hain vor den Toren der Stadt geschenkt, der als „Garten des Akademos“ bekannt wurde. 388 v. Chr. hat ihn Platon gekauft und dort seine ersten Diskurse mit seinen Studenten geführt. Der „Akademische Garten“ und die von Platon darin errichtete „Akademische Schule“ oder kurz „Akademie“ wurden damit zum Vorläufer unserer heutigen Universitäten.

G. J.

BILDQUELLENVERZEICHNIS:

Coverbild: Weltkarte: senoldo – stock.adobe.com, Icons: Julien Eichinger – stock.adobe.com'

S. 33 (oben): Wienbibliothek im Rathaus, Tagblattarchiv: Fotosammlung, TF-003855 / „Friedrich August Hayek“ / <https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/> Datei:Friedrichaugusthayek.jpg?uselayout=mobile / CC BY-NC-ND 4.0

WER SCHWEIGT, STÜRMT MIT

WILHELM ORTMAYR

Zu den unseligen Denkmalschändungen der vergangenen Wochen ist von vielen klugen Köpfen viel Geschriebenes geschrieben worden. Die Täter und ihre Mitläufer – also die Böswilligen, die Blinden und die Unwissenden – werden nichts davon lesen. Sie würden es auch nicht verstehen.

Denn hinter ihrer Symbolpolitik steckt ein Blick auf die Vergangenheit, den Konrad Paul Liessmann völlig richtig als paranoid bezeichnet. Stets auf der Suche nach Ideen, Taten und Werken, die dem heutigen Wissensstand und aktuellen ethischen Standards nicht genügen, gehe es den Denkmalstürmern primär darum, die Toten mit einer triumphalen Geste der moralischen Überlegenheit noch einmal zu töten.

Wurzel und Nährboden des zerstörerischen Hasses sei schlichtweg Unbildung, darum wachse der auch so epidemisch, schreibt der deutsche Publizist Alexander Kissler in seinem Blog. „Weg soll für alle, was einige stört. Die Radauelite entscheidet stell-

vertretend für eine Mehrheit, um die sie sich nicht bemüht.“ Dem Mob gehe es nicht um das Trennen von Licht- und Schattenseiten, das er der Mehrheit nicht zutraut, sondern um die gesamte Vergangenheit: Verschwinden soll, was nur der versteht, der es durchdringt. Gelöscht werden sollen Maßstäbe, denen man vielleicht selbst nicht genügen könnte. George Orwell hat diese Taktik haargenau beschrieben und postuliert, dass sie unweigerlich in den Totalitarismus führt. Und Gilbert Keith Chesterton, den Kissler ebenso zitiert, meinte lange vor Orwell, nur die Zukunft sei „eine leere Wand, auf die jeder seinen Namen schreiben kann, so groß er will“ und so sehr es sein eigener Kleingeist brauche.

Denkmäler erinnern an Menschen. Geprägt vom Denken und den Maßstäben ihrer Zeit, behaftet mit Fehlern und Stärken. Ob und wie an sie erinnert wird, soll durchaus nicht in Stein gemeißelt sein. Geschichte hält aktuelle Kontextuierungen aus, ohne durch sie gefälscht zu werden. Die entscheidende Frage ist,

wer die Maßstäbe setzt. Die derzeit schweigende Mehrheit oder radikale Randgruppen? Unsere Gesellschaft hält Diskurs aus, auch darüber. Je breiter er geführt wird umso besser. Solange es dabei nicht ein bloßes Aufrechnen geht, ob Renner oder Lueger (Ne) eher ein Stück der Wiener Ringstraße verdienen, jedes Abwägen, ob Marx ein größerer Antisemit war als Luther und ob Che Guevara oder Leopold, der kolonialistische König der Belgier, zuerst vom Denkmal gestürzt werden sollten.

Denn viel mehr lohnt ein Blick auf jene Kräfte, die subtil im Hintergrund der internationalen „Proteste“ wirken. Die mediale Resonanz und Konnotation der Vorgänge überrascht nicht: Im ORF etwa werden Denkmalstürmer als „Aktivisten“ bezeichnet, jene die die Monumente „angeblich“ schützen wollen, hingegen in die Nähe der Rechtsradikalität gerückt. Die in den Denkmälern Dargestellten gelten jedenfalls als „umstritten“, womit das semantische Pendel zwar unterschwellig aber doch deut-

lich ausschlägt. Auch wenn der Beschmierte anderntags Winston Churchill, George Washington oder Christoph Kolumbus heißt. Tröpfchenweise schafft die normative Kraft von Worten neue Wirklichkeiten, scheinbar wird der Denkmalsturz in die Legitimität gerückt.

Fatale Kräfte verleiht diesen neuen Narrativen, dass sie bedenkenlos aufgesogen werden von einer Generation, die Google-Suchergebnisse für das nach Relevanz geordnete Weltwissen und Wikipedia für die Wahrheit hält. Weil kommunikativ eng vernetzt, sind diese „Communities“ dynamisch erreichbar für die Verschiebung von Wertigkeiten, das Etablieren neuer Scham- und Schuldgrenzen und den Aufbau moralischer Überlegenheit durch das Anlegen einseitig gegenwärtiger Maßstäbe.

Ohne selektive Deutung wäre das fatale Geschichtsbewusstsein einiger Tausend Idioten so gut wie unbedeutend. Die große Mehrheit der Vernünftigen wäre daher gut beraten, ihr Schweigen zu brechen.

IST DIE MEINUNGSFREIHEIT IN GEFAHR?

NORBERT RICHARD WOLF

Im ersten Heft des Jahrgangs 2020 der ACADEMIA berichtet Herbert Kaspar (Am) von drei Ereignissen, die ihm nicht nur zu denken geben, sondern auch zum Schreiben drängen. Er denkt an die öffentlichen Debatten um ein geplantes Kolloquium über das muslimische Kopftuch an der Universität Frankfurt und dann an die Kontroverse über einen Auftritt der deutschen Feministin Alice Schwarzer an der Wiener Universität für Angewandte Kunst. Kaspar sieht eine „brutale Meinungsdictatur“ am Werk. Es versteht sich fast von selbst, dass nur „Linke“ Urheber solcher Umtriebe sein können, auch wenn die dort geäußerte Form der politischen Korrektheit und Sensibilität sich den simplen Erklärungsschema links vs. rechts entzieht.

Dies gilt noch mehr für das dritte Ereignis, die Proteste um den Historiker Lothar Höbelt, dessen Nähe zu FPÖ und AfD mehr als deutlich erkennbar ist; in Manchem geht er auch über die (offizielle) FPÖ-Ideologie hinaus: So bezeichnete er die Thesen des mehrfach rechtskräftig

verurteilten Holocaustleugners David Irving als „historische [will offenbar sagen: wissenschaftliche] Diskussionen“, die weder ein Gesetz noch ein Gericht entscheiden dürfe, und lieferte auch einen Beitrag zu einer Festschrift für Irving. Höbelt sieht das sog. NS-Verbotsgesetz als Einschränkung der grundrechtlich garantierten Meinungsfreiheit sah. Und er hat mit Blick auf den 2. Weltkrieg geäußert, dass jeder Staat das „normale Recht“ habe, „Krieg zu führen“.

Sehr leicht ließen sich weitere mündliche und schriftliche Äußerungen – Höbelt publizierte auch in rechten Journalen wie Mölzers „Zur Zeit“ und in der rechtsradikalen „Aula“ – anführen. All das macht klar, dass in diesem Fall Studierende gegen einen Professor, der in vielen Bereichen gegen den demokratischen Grundkonsens gesprochen und geschrieben hat, demonstrieren und verhindern wollen, dass solche Ansichten an der Universität verbreitet werden. Ob die Art und Weise des Demonstrierens das Nonplusultra politischer Agitation ist,

bleibe dahingestellt. Dass Studierende in diesem Falle demonstrieren, ist sicherlich zu begrüßen; ja es scheint notwendig zu sein, deutlich zu zeigen, dass Äußerungen und Auftritte wie die von Höbelt nicht einfach „normale“ wissenschaftliche Thesen und Veranstaltungen sind, für die das Gebot und das Grundrecht der Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit gilt. Man kann in den USA sehen, wohin es führt, wenn man jede Absurdität zu einer Wissenschaft erklärt und damit grundrechtliche Freiheiten in Anspruch nimmt.

Gerade bei sog. Rechten ist immer wieder zu beobachten, dass sie es in und mit ihren Äußerungen darauf anlegen, die Grenzen des Sagbaren zu verschieben und sich dabei gleichzeitig auf die Wissenschafts- und Meinungsfreiheit berufen. Auch wenn in Österreich eine Zensur nicht stattfindet, gibt es eine weitgehende gesellschaftliche Übereinkunft darüber, was man sagen kann und was man besser nicht sagt. Dies betrifft, nicht zuletzt aufgrund der jüngeren und jüngsten

Geschichte, das Sprechen über gesellschaftliche Minderheiten, dazu auch Tabubereiche des Obszönen und Vulgären. Dazu kommen gesetzliche Regelungen, die Grenzen des Sagbaren festlegen; so ein Gesetz ist das österreichische Verbotsgesetz, das sich auf die NS-Zeit bezieht. In dessen § 3h ist zu lesen, dass „auch bestraft“ wird, „wer in einem Druckwerk, im Rundfunk oder in einem anderen Medium oder wer sonst öffentlich auf eine Weise, daß es vielen Menschen zugänglich wird, den nationalsozialistischen Völkermord oder andere nationalsozialistische Verbrechen gegen die Menschlichkeit leugnet, gröblich verharmlost, gutheißt oder zu rechtfertigen sucht“. Man könnte die Frage stellen, ob das nachfolgende Zitat aus einer Rede Lothar Höbelts nicht schon gegen den § 3h verstößt: „Die gängigen populären Darstellungen zur Genesis des Zweiten Weltkrieges zeichnen ein Bild, das sich vom analytischen Gehalt eigentlich von der Göbbelschen Propaganda nur unwesentlich unterscheidet.“

Es ist ein Unding, alle abweichenden Meinungen als links abzutun. Jedes der Ereignisse muss man für sich analysieren und bewerten und dabei auch

die Situation, in der etwas geschieht, mit berücksichtigen. Ein bisschen mehr Differenzierung wäre nicht nur nützlich, sondern auch nötig.



Univ.-Prof. Dr. h.c. Norbert Richard Wolf (Alln, Rp)
ist emeritierter Professor für Deutsche Philologie an der Universität Würzburg sowie Prof.h.c. der Universitäten Ostrava/Ostrau und Opava/Troppau.

LESERBRIEFE -

ACADEMIA 3/2020: „CORONA... UND DANN?“

Wir erleben eine der herausragendsten Zeiten seit dem Zweiten Weltkrieg mit noch nie dagewesenen Maßnahmen der Bundesregierung wie Lock-down und Bundesheereinsatz, und es gibt nahezu keine kritische Auseinandersetzung mit diesen Maßnahmen seitens des ÖCV. Vom größten Akademikerverein Österreichs, der sich gerne als geistige Elite und Pool gesellschaftspolitisch relevanter Vordenker sieht, erwarte ich mir gerade in Zeiten der Krise, dass er die Richtung weist und Grenzen aufzeigt und dass die Academia ein Sprachrohr der kritischen Zivilgesellschaft ist. Ich erwarte mir, dass sie jeden Eingriff in Grund- und Freiheitsrechte kritisch und auf akademischem Niveau hinterfragt, sich mit verantwortungs- und entscheidungsethischen Fragen, die sich in diesem Zusammenhang stellen, auseinandersetzt und Verhältnismäßigkeit und Subsidiarität aber auch Solidarität einfordert. Diesem Anspruch wird die vorliegende Ausgabe der Academia leider nicht gerecht.

Bezeichnend ist, dass sich keiner der Artikel kritisch mit den Maßnahmen der Regierung auseinandersetzt. Wie ein Hohn macht sich daher, angesichts der völlig unkritischen Haltung des ÖCV zu den Corona-Maßnahmen, der Artikel „Insel der Unseligen“ aus. Völlig zu Recht hinterfragt der Autor die Haltung des ÖCV zum Ständestaat. Dieselbe kritische Haltung erwarte ich mir gegenüber jeder Regierung. Je einschneidender und radikaler die Regierungsmaßnahmen, desto kritischer sollten diese hinterfragt werden. Nicht alles muss in Kritik münden, die Fragen müssen aber gestellt werden und die Auseinandersetzung muss geführt werden.

Wenn die Presse die vielzitierte vierte Macht im Staat sein soll, muss sie kritisch sein, sonst hat sie versagt. Ohne kritische Grundhaltung verkommt die Presse zum Boulevard oder zur Propaganda.

Mag. Siegbert Nagl (Am)
3013 Tullnerbach

ACADEMIA 3/2020: „DIE 1450 ALS SCHLÜSSEL ZUM ERFOLG“

Danke für die interessanten Beiträge in der letzten Ausgabe – auch für das Interview mit dem Sonderberater der Regierung im Corona-Krisenstab. In vielen Punkten stimme ich den Ansichten und Einschätzungen von Cbr. Auer (CI) zu. Seine Begeisterung für den „1450-Mechanismus“ kann ich aber nicht teilen. Abgesehen davon, dass die hotline ihrem Namen nicht gerecht wurde (es gab bei den Anrufen stundenlange Wartezeiten), hat mir noch niemand erklären können, wie es möglich sein soll, am Telefon zu entscheiden, ob ein Anrufer getestet werden soll oder nicht. Erfahrungen von Ärzten, die als Teil mobiler Teams Abstriche bei Patienten zu Hause vorgenommen haben (also bei Personen, die von der hotline als zu krank eingestuft wurden, um zu einer sogenannten drive-in-Station zu fahren), haben gezeigt, dass bei weit nicht bei allen ein Test notwendig und sinnvoll war. Und Ergebnisse von später durchgeführten Antikörper-

Untersuchungen legen nahe, dass gar nicht wenige, die im Februar oder März passende Symptome hatten, trotz Anruf bei der hotline nicht getestet wurden.

Es ist richtig, dass durch die Strategie „1450“ viele Fälle mit Symptomen nicht in die Nähe von medizinischen Einrichtungen gekommen sind. Und zu Beginn der Pandemie war die Überlegung dazu wegen weitgehend fehlender Schutzausrüstung vor allem in den Arztpraxen nicht unbegründet. Die Botschaft „Gehen Sie nicht zum Arzt, wenn Sie krank sind“ hat aber auch dazu geführt, dass notwendige Untersuchungen und Behandlungen unterblieben sind – mit teilweise fatalen Konsequenzen.

Die Entwicklung der Infizierten-Zahlen zeigen (gerade auch im internationalen Vergleich), dass in Österreich vieles richtig gemacht worden ist. Dafür, wer getestet werden soll, gibt es aber bessere Konzepte als eine hotline, bei der am Telefon Entscheidungen getroffen werden, für die es keine fundierte Grundlage

gibt und auch nicht geben kann. Die aktuelle Situation mit stark gesunkenen Fallzahlen sollte genutzt werden, bis zum Herbst eine bessere Strategie vorzubereiten und umzusetzen. Leider wurden Vorschläge dazu vom Gesundheitsministerium bisher nicht aufgegriffen.

**Facharzt Univ.-Doz.
Dr. Johannes Möst (Alln)
6020 Innsbruck**

ACADEMIA 3/2020: „WHATEVER IT TAKES“

Nein, ich kann in Herbert Kaspars (Am) Artikeln wirklich keine Linkenhatz erkennen, wie in einem Leserbrief behauptet, auch nicht in seinem oben zitierten Beitrag. Die „Kleinen“ in der EU müssen sich einfach wehren. Den vier Staaten Schweden und Dänemark (sozialdemokratisch geführt) sowie Niederlande und Österreich (eher konservativ geführt) mutet man nun zu, sich mit ihren zusammen 40 Millionen Einwohnern den europäischen „Rettungsideen“ von Merkel-Macron anzuschließen.

Und zwar für Länder mit jeweils 60 Millionen Einwohnern (Italien und Frankreich) bzw. 45 Millionen (Spanien), das sind zusammen 165 Millionen Einwohner! Das hinterlässt den bitteren Beigeschmack, dass die Großen wieder einmal über die Kleinen drüberfahren. Die Frage erhebt sich: Warum ist Frau Merkel umgefallen? Steckt vielleicht doch Ursula von der Leyen dahinter, die deutsche EU-Chefin?

Aber es ist noch ein langer Weg bis zur Realisierung dieser „europäischen Solidaritätsvariante“ und die angeführten Einwände dagegen zählen schwer, nämlich die Reformunwilligkeit und die Verweigerung einer effizienten Kontrolle der Mittelverwendung der zu beteiligten Länder.

Es bleibt zu befürchten, dass solch unausgelegene EU-Vorgangsweisen Parteien wie der FPÖ wieder Auftrieb verleihen könnten.

**Bgdr Manfred Wagner (Rd)
1180 Wien**

ACADEMIA 3/2020: „WHATEVER IT TAKES“

Was ist eine „Camembert-Währung“, und warum wäre eine, sagen wir, „Quark-Währung“, besser? Hat der Euro Deutschland oder Österreich geschwächt? Haben unsere Wirtschaften nicht im Gegenteil vom EU-Binnenmarkt maximal profitiert, weil innerhalb der Eurozone das Wechselkursrisiko weggefallen ist?

Wenn wir jetzt den in Not geratenen Mitgliedstaaten nicht helfen, dürfen wir uns dann wundern, wenn später unsere Einnahmen aus Export und Tourismus einbrechen?

Hätte der Verfassungsgerichtshof irgendeines anderen Mitgliedsstaates ein Urteil gefällt, mit dem er seine nationalen Institutionen zu einer Verletzung der Europäischen Verträge zwingen könnte, hätte Cbr. Prof. Dr. Kaspar (Am) ihm dafür ebenfalls Beifall gespendet?

Wäre es tatsächlich eine gute Idee, die Europäische Union „neu gründen“ zu wollen? Wie soll denn das funktionieren? Haben wir nicht gegenwärtig ganz andere Prioritäten? Covid-19 besiegen, Banken und Unternehmen retten, Wohlstand und Beschäftigung sichern, Nachhaltigkeit und CO2-Neutralität, Selbstverteidigungsfähigkeit und strategische Autonomie, Konkurrenzfähigkeit und faire Spielregeln im Welthandel

sind die operativen Ziele. Dafür brauchen wir mehr Europa, nicht weniger. Verbesserungen der Europäischen Verträge sollten aber auf dem soliden Fundament der Gemeinschaftsrechtsordnung aufbauen.

**Mag. Thomas Brandtner (Baj),
B-1000 Brüssel/Generalsekretariat des Rates der EU**

ACADEMIA 3/2020: LESERBRIEF UNIV.-PROV. DR. NORBERT R. WOLF (Alln)

Cbr. Wolf meint unter anderem, der CV sei es sich schuldig, „differenzierter darzustellen“. Das ist schön und richtig. Zur Differenziertheit gehört aber wohl auch, dass ein Einzelner seine persönliche Meinung äußern darf, so wie dies durch Bbr. Kaspar (Am) in der ausdrücklich als „Kommentar“ bezeichneten Kolumne geschieht. Aber das „geht“ dem Verfasser des Leserbriefes „auf die Nerven“. Sachliche Gegendarstellungen (im Sinne der von ihm selbst geforderten Differenziertheit) bleibt er schuldig, stattdessen bezeichnet er den Verfasser, der anderer Meinung ist, de facto als Hetzer („Linkenhatz“), was natürlich einfacher ist. Einen Cartellbruder mit einem derart aggressiven Begriff zu beleugen, ist nicht schön. Wie war das doch? In dubiis libertas? In omnibus caritas?

**Dr. Günther Scheibelauer (Am)
3500 Krems**



**Andreas
Unterberger**

**Das ganz unkorrekte
Tagebuch zu Politik,
Wirtschaft und Gesellschaft**

**Österreichs meistgelesener
Internet-Blog:**

www.andreas-unterberger.at

REZENSIONEN

CHINA AM ZIEL! EUROPA AM ENDE? Herbert Kaspar (Am)

Unter diesem Titel schildert der ehemalige Präsident der Österreichischen Wirtschaftskammer, Christoph Leitl (Kb), in seinem neuen Buch eine Dystopie über das Zurückbleiben Europas vor allem gegenüber China. 100 Jahre nach Ausrufung der Volksrepublik China, also im Jahr 2049 sieht Leitl China als dominierende Weltmacht und Europa weit abgehängt, was er mit drastischen, ja provokanten Befunden untermauert. Er beklagt europäische Saturiertheit, überbordende Bürokratie sowie zu wenig gemeinsames Vorgehen, sowohl wirtschaftlich, wie auch gesellschaftlich und politisch.

Aber noch besteht Hoffnung, denn wir haben noch drei Jahrzehnte um den Trend umzukehren. Das Rezept des heutigen Vorsitzenden der europäischen Wirtschaftskammer „Eurochambres“ ist wenig überraschend: die Mitgliedsstaaten sollen mehr Kompetenzen an die EU abtreten, um schlagkräftiger zu werden; dabei ist auch das Einstimmigkeitsprinzip nicht mehr tabu. Leitl ist sich allerdings im Klaren, dass die Vereinigten Staaten von Europa nicht mehrheitsfähig sind und schlägt daher Mitgliedschaften mit verschiedenen vertiefter Qualität vor,

also eine EU der unterschiedlichen Geschwindigkeiten.

Dazu kommen noch Appelle in Richtung Bürokratieabbau, Bildung / Kreativität / Innovation, Reindustrialisierung, Förderung von Start-Ups sowie forcierte Bemühungen in Bezug auf Afrika oder etwa Indien und Japan, um wichtige Regionen nicht der aggressiven Politik Chinas zu überlassen.



Christoph Leitl (Kb)
China am Ziel! Europa am Ende?
Ecowi, Salzburg 2020
ISBN: 978-3711002563

DOKUMENTATION DER POLITISCHEN EREIGNISSE 2019 Gerhard Jandl (Kb, Ae, RSA)

Seit 1976 wird das alljährliche politische Geschehen in Österreich in dem von der Politischen Akademie herausgegebenen Österreichischen Jahrbuch für Politik (ÖJP) dokumentiert, jeweils in Form von Beiträgen zahlreicher

Politiker, Beobachter, Journalisten, Experten, etc. Das ÖJP für 2019 widmet sich logischerweise schwerpunktmäßig den innenpolitischen Turbulenzen (Stichworte Ibiza, Ende von Türkis-Blau, Misstrauensvotum, Neuwahl, Türkis-Grün), mit denen sich 28 der insgesamt 45 Aufsätze befassen. Auch wenn wie üblich einige Autoren aus anderen Lagern zu Wort kommen, wie die SPÖ-Politiker Josef Cap, Brigitte Ederer und Wolfgang Katzian, der FPÖler Andreas Mölzer sowie die Grünen Thimo Fiesel und Karin Strobl, so stellt das ÖJP 2019 in großen Teilen eine „Dokumentation des Wahlerfolges von Sebastian Kurz“ dar, wie es im Presstext der PolAk heißt.

Wiederum tragen namhafte CVer bei: Ex-Nationalratspräsident Andreas Khol (R-B) zieht eine Bilanz der Regierung Kurz I, der Grazer Öffentlichrechtler Klaus Poier (BbG) skizziert die „verfassungsrechtlichen und demokratiepolitischen Bedenken“ der aktuellen Parteienfinanzierung. EP-Vizepräsident Othmar Karas (Walth) würdigt die Stärkung der proeuropäischen Kräfte bei der Europawahl 2019, und Lobbyist Karl Jurka (Walth) schreibt über die deutsche Parteienlandschaft. Der nö. LH-Stv. Stephan Pernkopf (Rt-D) analysiert 30 Jahre ökosoziale Marktwirtschaft und ihre Rolle im heutigen Politik-

geschehen. Finanzminister Gernot Blümel (Nc) sieht – als Wiener ÖVP-Chef – mit den kommenden Wiener Wahlen die historische Chance, die Bundeshauptstadt mit einer „modernen bürgerlichen Politik“ neu zu regieren. Der Innsbrucker Europarechtler Walter Obwexer (Le) beschreibt den nunmehr 100 Jahre währenden Weg Südtirols von der Abtrennung zu einer funktionierenden Autonomie (siehe dazu auch die kommende ACADEMIA-Ausgabe). Und schließlich beleuchtet der Beitrag von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (Rd) und Florian Korczak die Rolle von Alois Mock (Nc) bei den historischen Ereignissen, deren Jahrestage begangen wurden, nämlich dem Fall des Eisernen Vorhangs vor 30 und dem EU-Beitritt vor 25 Jahren.



Khol (R-B) / Karner/Sobotka (Rd) / Rausch/Ofner (Walth) / Halper (Hrsg.)
Österreichisches Jahrbuch für Politik 2019
Böhlau Verlag, 2020
ISBN: 978-3205209973

Denk
Gesundheit
ist UNSER
höchstes GUT.

Denk

